

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Cäthow Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postvertragsnummer Nr. 3164

Arbeitswilligenschutz und Koalitionsrecht vor dem Reichstag.

Will man erweisen, wie langsam und schwerfällig in Deutschland die Gesetzgebung den selbstverständlichen Forderungen der Arbeiter Entgegenkommen zeigt, so braucht man nur die sozialpolitischen Reichstags-Entscheidungen der letzten Woche einer genaueren Betrachtung unterziehen. Unsere Leser sind darüber von anderer Seite mit dem Kaufenden gehalten, so daß sich Einzelerörterungen erübrigen. Es mag genügen, festzustellen, daß die Sozialdemokratie wiederum umfangreiches und mannigfaltiges Material beibrachte, um erneut den Beweis zu erbringen, wie wenig in der heutigen Gesellschaft der Arbeiter der Mensch gilt. Ob wir dabei an den mangelnden Erziehung-, Kinder- und Jugendschutz (Anträge auf Erhöhung des Schulpalters wurden abgelehnt!), ob wir die fehlende einheitliche Volksbildung im Auge haben (wie eine großzügig Genosse Schulz forderte), oder ob wir die mangelnde Mutterschaftsversicherung, den mangelhaften Arbeiterschutz oder die unzureichende Arbeiter- und Anstaltensversicherung unter Beweis stellen, die bürgerlichen Parteien haben nur zu oft allerhand „Bedenken“, und die Regierung hat kein Geld für solche Zwecke, weil wir Panzerkasse, Luftflotten und mehr Militär „haben müssen“.

Trotz über diese Dinge wundern wir uns gar nicht mehr sonderlich, weil Alltäglichkeiten abtumpfen, mögen sie auch noch so unabwehrlich sein.

Was aber unsern Unwillen in erhöhtem Maße hervorruft, ist die Unverfrorenheit, mit der bürgerliche Parlamentarier, sowie Stützen der Regierung den minderwertigen Elementen des Volksganzen die Zueignung halten!

„Schutz den Arbeitswilligen!“ Eine größere Heuchelei ist wohl selten vorgekommen, als das widerwärtige Geschrei der berufsmäßigen Scharfmacher und Unternehmerföhdlinge, das nun schon seit Monaten in der bürgerlichen Presse aller Richtungen sein Unwesen treibt. Ob nun der national-liberale Abgeordnete Vöttger sich im „Tag“ austobt und die Behauptung aufstellt, daß dem „Nichtorganisierten“ aus Serbien ein Eisenstiel gegen die Schienbeine fällt! (wohl-merkt, ohne Namensnennung und ohne jede nähere Beweisungabe!) oder ob er unterstellt:

„Neben einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Arbeitern, die fest entschlossen sind für den Massenkampf, gibt es eine entschiedene Mehrheit von Mittätern. Als dritte Gruppe tritt eine ständig wachsende Minderheit von Arbeitern auf, die den heutigen Kampfmethoden der Gewalt und Utopie keinen Gewinn abgewinnen können, die den Terrorismus verwerfen und sich im friedlichen Einvernehmen mit den Unternehmungsleitern mehr Vorteile für sich und ihresgleichen versprechen.“

Der Mann muß in einem fremden Erdteil leben! möchte man ausrufen, wenn man annehmen soll, er spreche aus Ueberzeugung. Weiß nicht jeder Arbeiter aus langjähriger Erfahrungspraxis, daß der Terrorismus noch stets bei den Mächtigeren als beste Waffe verwandt wurde. Diese Mächtigeren aber sind auf absehbare Zeit die Unternehmerr. Und wagt jemand im Ernst zu bestreiten, daß das Unternehmertum seine Macht in mannigfacher Weise dem Arbeiter zu schmecken gibt? Im Jahre 1910 mußten die freien Gewerkschaften an Gemahregeltenunterstützung 809 700 Mk. zahlen, 1911 sogar 895 500 Mk.! Diese Unterstützungen, die ausnahmslos auf Grund sorgfältiger Prüfung des Tatbestandes verabsolgt wurden, beweisen denn doch etwas mehr, als die vagen Anschuldigungen unverantwortlicher national-liberaler Redner oder die Terrorismusmärchen der Scharfmacher und Reichsverbändler, deren Absicht dahin geht, noch ungeförter die anormen Kapitalprofite zuzuschlucken!

Deswegen haben in der Tat ernst zu nehmende bürgerliche Nationalökonomien und Sozialpolitiker wie Professor Brentano und Dr. W. Zimmermann seit vielen Jahren und bis in die jüngste Zeit hinein die Gemeingefährlichkeit der Gelben vom volkswirtschaftlichen, nationalen und sozialen Standpunkt aus bewiesen. Aber ein großer Teil der bürgerlichen Presse versucht immer wieder die planmäßige Irreführung der öffentlichen Meinung, und da neuerdings auch Professor L. Bernhardt seine erlauchte „Wissenschaft“ in den Dienst solcher Verleumdungen und objektiv unmaßvollen Behauptungen stellt, so werden die Gewerkschaften eben noch eifriger als bisher das Gegenmaterial sammeln müssen und in breiter Öffentlichkeit den oberflächlichen Schwärzern sowohl als den benutzten Unwahrheit Verbreitenden die harten Tatsachen um die Ohren schlagen.

Dazu ist besonders auch die Tribüne des Reichstags der geeignete Ort und es gewährt immerhin eine gewisse Genugtuung, daß die wiederholten Anträge auf Arbeitswilligenschutz im Parlament des allgemeinen Wahlrechts nur noch ein klägliches Echo finden. Am 22. Mai 1912 vereinigte die bezügliche Resolution der konservativen nur 62 Stimmen (darunter 11 National-liberale) auf sich, während 273 dagegen waren. Diesmal ist das von den konservativen geforderte Verbot des Streikpostenstehens sogar mit 282 gegen 52 Stimmen abgelehnt worden.

An Bedeutung gewinnt dieses Votum durch ein Schreiben vom „Bund der vaterländischen Arbeitervereine“ an den Vorsitzenden der National-liberalen, Rasmann. Die Schutztruppe im Kampf gegen das Koalitionsrecht wollte nämlich

die Nationalliberalen für das Streiklohnverbot gewinnen und schrieb unter anderem:

Die Gründe, die für ein Verbot des Streiklohnlebens sprechen, sind so schwerwiegender Natur, daß sie nicht unbeachtet bleiben sollten. Das Streiklohnleben birgt stets die Gefahr des Aufruhrs und Landfriedensbruchs in sich. Solange es nicht gesetzlich verboten wird, glaubt jeder organisierte Arbeiter sich berechtigt, den von den Gewerkschaften kommandierten Streikposten dann zu helfen, wenn er es für angezeigt hält. Wollen sich nun Arbeitswillige nicht genehmig an der Verwertung ihrer Arbeitskraft hindern lassen, so sind Notwendigkeit unabweislich. Schon im Jahre 1889 hat der nationalliberale Abgeordnete Koster bei Beratung der Gewerbeordnung gesagt: „Wenn wir die Freiheit der Vereinigung proklamieren, so wollen wir sie proklamieren auch für diejenigen, welche sich diesen Vereinigungen nicht fügen wollen!“ Bestrafungen auf Grund dieser Gewerbeordnung verlieren deshalb ihren ersichtlichen Wert, weil sie, falls auf Geldstrafe erkannt wird, von den Gewerkschaften getragen werden, wenn auf Gefängnisstrafe, den Betroffenen Annerkennung auf ein Amt einbringen.

Daß die den Arbeitswilligen drohenden Gefahren sehr groß sind, geht u. a. auch daraus hervor, daß der Gewerbeverein christlicher Gewerkschaften für seine arbeitswilligen Mitglieder beim vorerwähnten Arbeiterstreik um mindestens einen Lohnnachschuß. Die großen Kosten, die hierdurch dem einzelnen Gemeinwesen auferlegt werden, können abgemildert werden durch ein einfaches Verbot des Streiklohnlebens. Tausende von Arbeiterfamilien werden nicht arbeitslos, wenn die Aufhebung und Aufrechterhaltung durch das Streiklohnleben fortfällt. Es ist meines Erachtens aber Aufgabe der Volksgewehrten, den Staatsbürger sowohl der wirtschaftlichen Zwangslagen wie auch körperlichen möglichst zu schützen. Das Gebot der irradenierten Arbeiterführer über Zuchtlosigkeit, Anordnung der Demonstrationen und wie sonst die Folgeerscheinungen, darf von Staatsanwaltschaften nicht abhalten.

Der Hauptvorstand des Landes vierländischer Arbeitervereine hat das Vertrauen der nationalliberalen Kreise des Reichstages, daß sie einen Verbot des Streiklohnlebens nicht nur in den Weg weisen wird. Ein Verbot des Streiklohnlebens würde ja auch nur etwa ein Novum sein, da ja bekanntlich sogenannte freiwillige Löhner schon seit Jahren oder in neuerer Zeit des Streiklohnlebens grundsätzlich verboten waren.

Wenn die Nationalliberalen, die in diesem Punkte stets unübereinstimmend sind, trotzdem nicht wagten, diesmal zumutmaßen, so erklärt sich das eben aus der Furcht vor den Wählern.

Aber das darf uns nicht in Sicherheit wiegen. Die zweideutigen Ausführungen des Ministers Delbrück bei der diesmaligen Debatte beweisen uns, daß man sojuzagen nur auf den geeigneten Moment wartet, um irgend eine geübliche Einschränkung des Koalitionsrechts einzuschleichen. In vier bis fünf Jahren wird die Reform des Reichsstrafrechts erfolgen, und sobald der neue Reichstag ein klein wenig anderes Gesicht zeigen sollte, wird man erneut der wichtigsten, unentbehrlichsten, bedrücktesten und breitesten Schicht des deutschen Volkes — der Arbeiterklasse — weitere Fesseln anzulegen trachten.

Wir wissen ein unfehlbares Mittel, die Anschläge der Arbeiterfeinde zu machen: Das ist die vermehrte und vertiefte Agitation und Aufklärung in unseren Reihen.

Noch stehen zehn, ja Hunderttausende unsern Bestrebungen fremd gegenüber. Nicht weil sie unsere Leistungen und unser Wirken für falsch halten, sondern weil sie zu zaghaft, zu wenig opferwillig, zu mangelhaft informiert sind über unsere Aufgaben und Ziele. Man kann auch die „Wirtschaftsfriedlichen“ (dies: gelben) Arbeiter an den Fingern einer Hand zählen, die aus Her erkanntem „Prinzip“ uns in den Rücken fallen. In dem Augenblick, wo die Herren Unternehmer ihre milde Hand von den gelben Werkvereinen abziehen würden, wo kein Terrorismus allerdingstimmiger Art von Meister, Werkführer und Betriebschef ausgeübt würde, um gelben „Organisationen“ zu Mitgliedern zu verhelfen, würden diese unerfreulichsten Gebilde unserer Zeit sich ver-

schwinden. Denn das selbe „Prinzip“ oder die gelbe „Wirtschaftsanbahnung“ ist eine laute Finte, deren um Lebus: Dr. Nathanson, die entweder materiell an der Existenz „Gelber“ interessiert sind oder ganz bewußt den Arbeiter für gut und — dumm genug halten, Zeit seines Lebens zu frone unter Bedingungen, die ihm einzig das Unternehmertum vordreibt.

So nötigen uns die Reichstagsdebatten der letzten Tage geradezu die Verpflichtung ab, noch mehr als bisher nur die gewerkschaftliche und politische Aufklärung in die Reihe der arbeitenden Volksschichten getragen werden. Jede agitatorische Gelegenheit muß vom einzelnen wahr genommen werden, und wer sich zur freien Gewerkschaft bekennt, muß selber wissen, was er will. Nicht „Mitläufer“ wollen wir, sondern selbstlicher Vorwärtsschreitende, die sich in jedem Stadium ihres Lebens bewußt sind: Wir arbeiten für den Aufstieg der bedrückten Volksschichten. Unsere Bewegung vertritt die bis jetzt arößte Kulturbewegung, die die Erde je gesehen hat.

Mit dieser Erkenntnis als prinzipielles Rüstzeug angetan, werden wir allen feindsichtigen Anschlägen Trotz bieten und im Vordringen wider Unkenntnis, bösen Willen und Einzelinteressen unwiderstehlich sein.

Zur Bewegung der Münchener städtischen Arbeiter.

An Stelle der Absagen von den städtischen Kollegen seit geleiteten Verhandlungen der Gewerbeordnung beantragen die Münchener Gemeindegewerkschaften den Abschluß eines Tarifvertrages. Dieser Gedanke schien zunächst nur den Vorständen der städtischen Werke beachtenswert. Sie sind es nämlich, die jahraus, jahrein Verhandlungen anstellen sollen, was die rest der Arbeitern ein gebrauchte Anträge kosten. Bei jeder, wenn auch noch so geringen Angelegenheit sie gutachtlich geäußert, welche Stellung sie zu diesen Anträgen einnehmen. Darüber geht natürlich ein häufiger Teil kostbarer Arbeitszeit verloren. Auch die soziale Kommission würde es natürlich nicht unangenehm finden, wenn durch irgendeine Maßnahme der anfallende Beratungskosten sich verringern ließe.

Die Organisation der städtischen Arbeiter, denen auf Anträgen zu bestehen gegeben wurde, daß man bei den städtischen Stellen dem Abschluß eines Tarifvertrages nicht unangenehm gegenübersteht, wählten eine Kommission, die auch den Gegnern des Tarifgedankens hätte die Sache erleichtern können.

Der wesentliche Antrag war, die Arbeitsordnung in verchiedenen Punkten zu verbessern und diese dann zum Gegenstand eines dreijährigen Vertrages zu machen. Somit hätte die Arbeitsordnung noch behandeln mit der Maßgabe, daß weitere Änderungen innerhalb drei Jahren nicht erfolgten. Wie man hört, ist man sich in der Kommission, die zunächst die Angelegenheiten vorzubereiten hat, wieder ungeschlüssig geworden, und allerlei Bedenken werden gegen den Tarif laut. Besonders hat der Führer der Liberalen (als zunächst noch der größten Partei des Rathauses) auch bei der Staatsberatung am 23. Januar d. J. eine Stellung eingenommen, die das Zustandekommen eines Tarifvertrages stark begünstigt läßt. Die Herren können den Gedanken immer noch nicht verdrängen, daß mit den Organisationen der städtischen Arbeiter direkt verhandelt wird, obwohl sie in ihren eigenen Betrieben selbst längst Tarifverträge haben. Wiederholt wurde im Rathaus die Anerkennung der Organisationen der städtischen Arbeiter herbeigefordert. Das ist aber eine direkte Begünstigung; denn heute noch weigert man sich, mit der Organisation bezug, deren Führern offiziell in Verhandlungen zu treten. Und wenn sich die Organisationsleiter im Rathaus Gebot verschaffen, so nicht in dieser Eigenschaft, sondern erst des ihnen von den politischen Parteien übertragenen Mandats als Gemeindegewerkschaften. Die Organisationen der Gemeindegewerkschaften sind nicht anerkannt; sie sind nur „geduldet“ (welche Bezeichnung ja durch die sehr papulistischer Unzufriedenheit jedem geläufig ist). Es ist aber schon ein himmelstreiches Unterschied zwischen „Anerkennung“ und „Duldung“. Denn die Anerkennung ist auch eine Beschränkung mit der Leitern der Organisationen erlaubt, während die „Duldung“ lediglich der Organisationsleiter die Arbeit, um Einkommen in den Weg legt. Aber auch das ist nicht in den Münchener Gemeindegewerkschaften da und dort noch nicht einmündigen der soll.

Waher hat der Arbeitgeber, das ist die Stadtgemeinde München, völlig einseitig dekretiert, wie sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindegewerkschaften; den Arbeitern und deren Organisation war eine Mitbestimmung hierbei ganz verweigert. Und wenn mancher Fortschritt erzielt werden konnte, so deshalb, weil in den Reihen der städtischen Kollegen (des Arbeitgebers) auch Männer waren, die den Arbeitern gegenüber eine freundlichere Stellung einnahmen, als es manchem schwarzen oder liberalen Schwarzmaier war. Für die Gemeindegewerkschaft ergab sich bei all diesen Verhältnissen die Konsequenz, entweder sich unterzuordnen oder die Organisation zu verlassen. Nirgends wurden die Arbeiter gefragt, ob sie mit den gefassten Beschlüssen auch einverstanden seien; das letztere konnte man ja schließlich annehmen, soweit es sich um Verbesserungen handelt, aber es wurden auch Verschlechterungen gefassten. (Es sei nur erinnert an die Verlängerung der Winterarbeitszeit von 8 auf 9 Stunden, Schaffung von Strafbestimmungen usw.)

Wie würde man sich im Magistrat entrichten, wenn die Arbeiter aus deren Organisation eines schönen Tages Gleiches mit Gleichem ergötzen und erklären würden: „Die Arbeitsbestimmungen sind so, wie wir, die Arbeiter, sie bestimmen; der Magistrat hat sich damit abzufinden.“ Gewiß gäbe es im Verlauf der Jahre Situationen, in denen eine solche Auseinandersetzung Aussicht auf Erfolg hätte, denn es ist begreiflich, daß sich der Magistrat nicht widerstandslos fügen würde. Der Magistrat würde also ganz sicher Widerstand leisten; er würde sich über die „Revolverakt“ der Arbeiter entrichten, obwohl ihm dabei so eingemessen würde, was er selbst auszumessen für gut findet.

Die Weigerung, mit den Organisationen direkt zu verhandeln, und nun damit beschönigt, daß Arbeiterausschüsse gebildet wurden, mit denen „verhandelt“ wird. Du lieber Himmel! Diese „Verhandlungen“ existieren, soweit es sich um Forderungen dreht, überhaupt nicht. Gibt es doch Arbeiterausschüsse, an deren Sitzungen 3 Jahre lang kein Abgeordneter des Magistrats bzw. des Betriebes teilnahm. Zugewogen muß allerdings werden, daß gewisse Abteilungsverbände (z. B. der Gaswerke) von jeder an der Sitzungen teilnahmen und offensichtlich sich bemühten, Differenzen zu beseitigen. In neuerer Zeit erging an die Abteilungsverbände eine Weisung des Magistrats, wonach sie zukünftig an den Sitzungen teilnehmen müssen. Es ist das die Folge der Kritik, die in der Eingabe unseres Verbandes vom Jahr 1912 an dieser Art von Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen geübt wurde. Über schließlich befinden sich auch die Direktoren und Abteilungsverbände in einer mißlichen Lage. Ganz besonders es sich um ähnliche Differenzen innerhalb des Betriebes oder wichtige Korrekturen von Bestimmungen der Arbeitsordnung und sonstigen Dienstvorschriften, so mag ja der Schein des Verhandeltens gewahrt sein. Die Situation verschiebt sich aber sofort, wenn durch die Arbeiterausschüsse Forderungen erhoben werden, die finanzielle Opfer erfordern. Hier sind auch den Abteilungsverbänden die Hände gebunden; sie können und dürfen sich nicht beimitteln äußern, was durchaus nicht zur Hebung des Ansehens beiträgt. Als Beweis hierfür sei die Tatsache angeführt, daß bei der letzten Auseinandersetzung mit den Gasarbeitern der Sachverhalt sofort beseitigt ward, als die Direktion erklärte, daß die geforderte Aufbesserung berechtigt sei, welche Aufschauung sich auch der Oberbürgermeister zu eigen machte und dies den Arbeiterausschüssen der Gasanstalt ausdrücklich wissen ließ. Die Gasarbeiter hatten somit auf die Bewilligung der Aufbesserung rechnen; aber nachdem die Aufbesserung gesichert war, preßte es den städtischen Kollegen durchaus nicht, das Wort des Gasdirektors bzw. des Oberbürgermeisters, an dem doch nicht gekniffen werden sollte, einzunehmen. Die Gewerkschaftspolitiker im Rathaus mögen aber bedenken, welche Gefahren sie damit für zukünftige Fälle heraufbeschwören.

Die Stellung der Arbeiterausschüsse ist also die, daß sie nicht beschließen, nicht mitbestimmen, sondern lediglich zu kritisieren oder, wenn ein anderes Wort wählen wollen, zu „erzürnen“ haben. Der Arbeitsvertrag bildet aber eine freie Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von der hier durchaus keine Rede ist.

Ziemlich häufig wurde es von der Stadtverwaltung vermerkt, daß die städtische Organisation und der Arbeiterausschüsse ein so gutes Verhältnis besteht. Man denkt sich im Rathaus einen Arbeiter, der sich nicht in der Weise, daß er zu den Anträgen der Organisation und der Arbeiter eine mehr gegenwärtige Stellung einnimmt. Es paßt den Herren gar nicht, daß die Gewerkschaften mit dem Arbeiterausschüssen befreundet werden. Das alles ist aber doch so leicht veränderlich, denn gemacht werden als Ar-

beitervertreter regelmäßig Leute gewählt, die auch sonst in der Organisation ihren Mann zu stellen wissen. Und es ist verständlich, daß die in der Organisation aufgestellten Wünsche nachher auch der Zustimmung der Arbeiterausschüsse sicher sind. Der Magistrat erhält also in der Praxis durch die Arbeiterausschüsse doch die Arbeit der Organisation übermittelt, so daß nicht zu verhehlen ist, weshalb man nicht mit den Organisationen gleich direkt verhandelt.

Dieses mangelnde Entgegenkommen gegenüber der Organisation versucht man damit zu begründen, daß auch in den städtischen Kollegen (d. h. innerhalb des Arbeitgebers) die Arbeiter gerügelt werden wären. Es ist ja richtig, daß die Interessen der Arbeiter namentlich durch die sozialdemokratischen Mitglieder der städtischen Kollegen richtige Vertreter finden, aber schließlich ist — besonders den Liberalen — doch zu sagen, daß letzten Endes die Mehrheit meist gegen die Arbeiter stimmt. Die Freunde der Arbeiter befinden sich sodann in einer Lage, die namentlich den Liberalen aus ihrer eigenen Stellung im bayerischen Landtag bekannt sein sollte: sie werden einfach überstimmt.

Etwas ungelogen sind den Münchener Rathausliberalen allerdings die von unserer Berliner Ortsverwaltung zum Abschluß eines Tarifvertrages eingeholten Gutachten namhafter Sozialpolitiker. Wären diese Gutachten im gegenseitigen Sinne ausgefallen, so würde man sie mit Bann und Trompeten bekannt machen. So aber sind diese Sozialpolitiker nichts anderes wie spitzfindige „Theoretiker“, die von der Praxis nichts verstehen.

Aber schließlich wird schon die nächste Zeit die Münchener Stadtverwaltung zur Einsicht zwingen. Und hoffentlich wird der neue Referent für Arbeiterangelegenheiten eine fortschrittlichere Stellung zu solchen Fragen einnehmen wie sein Vorgänger, der sich mit dem Gedanken nicht vertraut machen konnte, daß Arbeitnehmer nicht nur zu arbeiten, sondern über den Verlauf ihrer Arbeitskraft auch mitzubestimmen haben.

Freilich wäre es für den Magistrat so verlockend, drei Jahre lang Ruhe zu haben, drei Jahre lang keine neuen Forderungen der Arbeiter mehr bewilligen zu müssen. Von unserem Standpunkt setzt das freilich zunächst ganz erhebliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse voraus. Aber den verlockenden Gedanken haben auch die Gegner des Tarifvertrages erfaßt, und sie sind nun auf die „schlaue“ Idee gekommen, unter Ausschaltung der Organisation (also trotz Anerkennung derselben) eine ähnliche Vereinbarung zu treffen, sei es mit den einzelnen Arbeitern selbst oder mit den Arbeiterausschüssen. Die Herren können es ja probieren, wenn sie sich lächerlich machen wollen. Es wird sich im Wechselspiel der Stadt München glücklicherweise kein Arbeiterausschluß finden, der sich zu solchen Dementisarbeiten bergibt, zumal es den Herrschaften im Rathaus nur auf die längere Bindung der Arbeiter, nicht aber um größere Bewilligungen zu tun ist. Die nun einmal doch zu einem sehr großen Prozentsatz organisierten Gemeindegewerkschaften werden sich nie dazu verhehlen, sich einzeln auf Jahre hinaus festlegen zu lassen. Andererseits wäre auch die Mandatsdauer des Arbeiterausschusses eine begrenzte. Ein nachfolgender Arbeiterausschluß wird sich jedenfalls nicht die Beschlüsse seiner Vorgänger zu eigen machen. Ganz abgesehen davon, daß ein einstimmiges Mißtrauensvotum der Wähler jeden Arbeiterausschluß hinwegjagt, der eventuell auf ein solches Angebot einschnappen würde. Und sofern der Abschluß mit den einzelnen Arbeitern betätigt werden wollte, so gäbe ja die klägliche Mandatsdauer ein Mittel, um die Bindung zu beseitigen. Also noch einmal: wenn die Herren um eine Blamage reicher werden wollen, so mögen sie es ruhig probieren. Die Organisation der Gemeindegewerkschaft ist durchaus nicht gegen die Arbeiterausschüsse. Im Gegenteil, deren Schaffung bildet sogar eine unserer Forderungen. Aber als notwendig wird sich erweisen, daß diesen weitergehende Rechte eingeräumt werden; daß sie nicht nur zu bitten, sondern auch in bestimmten Grenzen mit zu entscheiden haben. Soweit es sich aber um die Festlegung für Arbeitsverhältnisse durch Abschluß eines Tarifvertrages handelt, so kann als Kontrakt nur die Organisation in Frage kommen. Die Angelegenheit ist außerordentlich wichtig und wird nicht ruhen, bis sie eine befriedigende Lösung gefunden hat, durch welche auch die Verhältnisse der Münchener Gemeindegewerkschaft eine namhafte Verbesserung erfahren.

Schöne Freiheit, wo dem Proletariat keine andere Wahl bleibt, als die Bedingungen, die ihm die Bourgeoisie stellt, zu unterdrücken, oder zu verhungern, zu erfrieren, sich nackt bei den Tieren des Waldes zu betten.

Der deutsche Arbeiterchutz im Jahre 1911.

I.

In der Statistik des deutschen Arbeiterschutzes sind im Jahre 1911 wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Nachdem im Vorjahre anhand des ungeschliffenen Perleverszweigsgriffes „Arbeiter“ der bestimmtere Begriff „Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern“ zur Grundlage der Statistik gemacht und eine Reihe von Änderungen des Schutzes erwachsener Arbeiterinnen und jugendlicher Arbeiter durchgeführt worden sind, bietet die Statistik des Berichtsjahres zum ersten Male wieder vergleichbare Ziffern. Das Jahr 1911 war ein Jahr des wirtschaftlichen Aufschwunges und der lebhaftesten Beschäftigung. Diese Tatsache kommt sowohl in der Betriebe- und Arbeiterstatistik, als zum Teil auch in der Statistik der vermittelten Heberarbeit zum Ausdruck. In solchen Jahren tritt erfahrungsgemäß die Durchführung des Arbeiterschutzes hinter die Durchführung der Produktion und Aufträge, d. h. hinter die Produktion zurück. So ist denn auch für das Berichtsjahr ein relativer Mangel des Revisionsergebnisses der Betriebe und Arbeiter zu verzeichnen. Wenn trotzdem die Zahlen der ermittelten Verstöße wie auch besonders die der Heberarbeitenarbeit für erwachsene Arbeiterinnen nicht größer, sondern kleiner geworden sind, so dürfen wir denn den besondern Einfluß der Gewerkschaftsorganisation erkennen, der sich in erster Linie gegenüber der Willkür der Unternehmer durchsetzt, aber auch den Arbeiterschutzbürokraten eine größere Verantwortung auferlegt.

Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten ist von 512 auf 533, also um 21 vermehrt worden. Von diesen Beamten sind 60 Regierungs- und Gewerbeärzte, 236 Gewerbeinspektoren, 177 Assistenten, 35 Assistentinnen und 22 sonstige Beamte. Von den vermehrten Stellen entfallen 15 auf Preußen, zwei auf Württemberg und je eine auf Sachsen, Baden, Sachsen-Weimar und Coburg. In Preußen erhielten von dem Beamtenzuwachs Ostpreußen zwei, Brandenburg einen, Schlesien vier, Provinz Sachsen zwei, Hannover, Westfalen und Hessen-Nassau je einen und das Rheinland vier, während Westpreußen einen Beamten weniger erhielt. Die Zahl der Assistentinnen wurde um sieben vermehrt, wovon vier auf Preußen, Brandenburg drei, Schlesien eine und je eine auf Sachsen, Württemberg und Coburg kommen. Diese Vermehrung ist besonders im Hinblick auf die Erweiterung des Arbeiterschutzes und Jugendschutzes zu begrüßen, dessen Ueberwachung an die Aufsichtsbehörden ja nun auch höhere Anforderungen stellt.

Wiederum hat die Vermehrung des Personalpersonals nicht gleichen Schritt gehalten mit der Zunahme der der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe und Arbeiter, denn die Zahl der Betriebe stieg um 5,4 Proz. und die der Arbeiter um 4,8 Proz., während die der Beamten nur um 4,4 Proz. wuchs. So ergibt sich denn das beachtliche Resultat, daß trotz der vermehrten Arbeitskraft, die durchschnittlich auf jeden Beamten im Jahre 1910 pro Beamten 54,6 Betriebe und 11312,7 Arbeiter, 1911: 52,8 Betriebe und 11439,2 Arbeiter ein geringerer Prozentsatz der Betriebe und Arbeiter revidiert werden konnte als im Vorjahre. Es wurden von den Revisionen betroffen 54 Proz. 1910: 54,2 Proz. der Betriebe und 81,7 Proz. 1910: 82,3 Proz. der Arbeiter.

Die Anstellung weiblicher Aufsichtsbeamten genügt noch immer nicht dem vorhandenen Bedürfnis. Zwar kamen im Reichsdurchschnitt auf jede Beamtin nur 36675,8 Arbeiterinnen (gegen 40627 im Vorjahre), aber weit über diesen Reichsdurchschnitt steht noch immer Preußen, wo auf jede Assistentin im Durchschnitt: 55044 (im Vorjahre 78680) erwachsene Arbeiterinnen entfielen. Im Interesse der energischen Durchführung des Arbeiterschutzes muß für eine Erweiterung des weiblichen Personalpersonals Sorge getragen werden. Die weibliche Arbeiterschutzes ist längst über die Grenzen der Verträge hinaus; sie hat sich durchaus bewährt und muß nun darauf ausgeht werden, daß sie den an sie gestellten Aufgaben voll und ganz gewachsen ist.

Das Institut der Arbeiterassistenten ist selber auf dessen Beschränkung gehalten. Nur in Elsaß-Lothringen hat man neben neun städtischen Randbeamten einen Gehilfen aus Arbeiterkreisen angestellt. Hier ist die Reichsstatistik ungenau, weil die bürgerliche Assistenten in den übrigen Bundesstaaten Sache der Landesbeamten, Gemeindebehörden und von der Gewerbeaufsicht getrennt ist und dort daher auch nicht von der Gewerbeaufsichtstatistik erfaßt wird. So hat auch die bürgerliche Assistenten in Bayern einige Kontrollen aus dem Arbeiterstande und auch für eine Reihe von Bundesstaaten und Städten dürfte das gleiche zutreffen.

Die Anzahl der Vergauffichtsbeamten ist um acht, von 114 auf 122 gestiegen. Von den Neuanschaltungen kommen zwei auf Sachsen, vier auf Braunschweig und zwei auf Schwarzburg-Sonders-

hausen. Im letzterem Staat wurden seither die Vergauffichten von preussischen Beamten ausgeführt. Obwohl die Gesamtzahl der der Vergauffichten unterstellten Betriebe von 3187 auf 3305, also um 118, und die der Arbeiter von 821365 auf 838540, also um 17175 stieg, hat sich doch der durchschnittliche Arbeitsbereich der einzelnen Beamten infolge der Neuanschaltungen von 28 auf 27,7 Betriebe und von 7205 auf 6873,3 Arbeiter verringert. Daraus würde allerdings der preussische Vergleich nicht beruhen; hier ist im allgemeinen die Arbeitslast der einzelnen Beamten nicht unersetzlich geworden; eine Tatsache, die im Hinblick des Prozentverhältnisses der revidierten Betriebe von 95,3 auf 93,7 Proz. ihren Ausdruck findet.

Im allgemeinen steht das ziffernmäßige Ergebnis der Revisionen im Vergleich günstig gegenüber dem in der Gewerbeaufsicht, denn im Berichtsjahre wurden nur 3,6 Proz. der Betriebe nicht kontrolliert und gar nur 0,1 Proz. der Vergauffichten übersehen von diesen Revisionen unberührt. Indes müssen an die Vergauffichten nicht allein wegen der außerordentlich hohen Gefährlichkeit des Betriebes an sich, sondern auch wegen der ständig wechselnden Betriebsverhältnisse ganz andere Ansprüche gestellt werden als an andere Industriezweige, und auch die Vergegenwartung hat dieser Gefahrhandlichkeit Rechnung getragen durch Einführung besonderer Kontrollorgane, der Sicherheitskommissionen aus Arbeiterkreisen.

Der wirtschaftliche Aufschwung im Jahre 1911 spiegelt sich mit aller Deutlichkeit in der starken Zunahme der Betriebe und beschäftigten Arbeiter wider. Die Zahl der der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe stieg gegenüber dem Jahre 1910 von 282562 auf 297989, also um 15327 oder um 5,4 Proz., und die der in diesen Betrieben tätigen Arbeiterschaft von 6617584 auf 6935657, also um 318073 oder um 4,8 Proz. Im besonderen haben sich die Betriebe mit erwachsenen Arbeiterinnen von 93153 auf 97512, also um 4357 oder um 4,6 Proz., die Betriebe mit jugendlichen Arbeitern von 104181 auf 110240, mithin um 5,8 Proz. vermehrt. Innerhalb der Arbeiterschaft hat die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter seit dem Vorjahre von 4808830 auf 5099154, also um 290324 oder 4,7 Proz. zugenommen, die der erwachsenen Arbeiterinnen von 1259578 auf 1347682, also um 88104 oder 4,6 Proz., die der jugendlichen von 14 bis 16 Jahren von 476326 auf 505417, somit um 29091 oder 6,1 Proz., und die der Kinder bis zu 11 Jahren von 12870 auf 14404 oder um 534 — 4,1 Proz. Diese Entwicklung stimmt überein mit den Erfahrungen der Vorjahre, nach denen die Hauptzunahme auf die jugendlichen Arbeiter entfällt, während der Zeitraum erwachsener Arbeiterinnen ständig zurückgeht. Die letztere Erscheinung widerspricht zwar anscheinend den Ergebnissen der Berufs- und Gewerbeerbildung, nach denen die Frauenarbeit in Industrie und Gewerbe in stärkerer Zunahme begriffen ist als die Männerarbeit. Aber es sind nach den Ergebnissen der Gewerbeaufsicht nicht die der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe, denen sich der Hauptstrom der Arbeiterinnen zuwendet, sondern es sind teils Handelsbetriebe und teils die Betriebe mit weniger als 10 Personen, die den größten Zuwachs an Frauenarbeit annehmen, während dieselbe bei den größeren Industrie- und Gewerbebetrieben immer mehr und mehr durch jugendliche Arbeitskräfte ersetzt wird. Man könnte diese Entwicklung begrüßen, wenn sie durchweg von hygienischen Rücksichten geleitet wäre, d. h. wenn die Arbeitgeber darauf verzichteten, Arbeiterinnen in einer für diese ungeeigneten Weise zu beschäftigen und auch den jugendlichen nicht solche Arbeiten zumuten, denen sie noch nicht gewachsen sind. In der Regel dürfte aber das Motiv für die vermehrte Beschäftigung jugendlicher sein, noch billiger Arbeitskräfte zu gewinnen; deshalb die Gewerbeaufsicht auch allen Anlaß, diesen Verordnungen innerhalb der Arbeitsbeschäftigung ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen und ihre Ursachen und Wirkungen zu untersuchen, um für die Gewerbeaufsichtstatistik daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Von der Gesamtanzahl von 6935657 entfielen 56,5 Proz. auf Deutschlands typische Großindustrien, nämlich 1134441 auf Bergbau, Gütten und Salinen, 1653863 auf die Metall- und Maschinen- und 922817 auf die Textilindustrie. Der Anteil dieser drei Industrien hat sich gegenüber dem Vorjahre nur wenig verändert. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß das Pulvergewerbe zum größten Teil der Gewerbeaufsicht entzogen und im dieser Statistik daher nicht berücksichtigt ist. Nach Höhe ihrer Arbeiterzahl folgen den genannten Industrien die Nahrungsmittelindustrie mit 669885, die Industrie der Steine und Erden mit 657147, die Holzindustrie mit 429975, die Zellulosegewerbe mit 398614, die Baugewerbe mit 280156, die poligraphischen Gewerbe mit 190295, die Papierindustrie mit 188184, die chemische Industrie mit 156405, die Lederindustrie mit 110909, die sonstigen

wirtschaftliche Industrie mit 77 889, die Reinigungsgewerbe mit 19 785 und endlich diverse Industrien mit 17 303 Arbeitern.

Nach Bundesstaaten verteilt, entfallen 4 151 577 oder rund 60 Proz. aller Arbeiter auf Preußen, 600 991 auf Bayern, 790 846 auf Sachsen, 256 091 auf Württemberg, 263 880 auf Baden, 125 039 auf Hessen, 247 089 auf Elsaß Lothringen, während die kleineren Bundesstaaten unter 100 000 Arbeiter zurückblieben.

Betrachten wir die Verteilung der Arbeiter nach Alter und Geschlecht, so zeigt sich, daß in den Gruppen „Bergbau, Gütten und Salinen“ sowie „Baugewerbe“ fast nur erwachsene männliche Arbeiter (94,8 Proz.) beschäftigt werden. Neben 80 Proz. macht der Anteil derselben auch in den Gruppen „Maschinen und Instrumente“, sowie „Holz- und Schnitzstoffe“, „Forstwirtschaftliche Produkte“, „Steine und Erden“ und „Chemische Industrie“ aus. Die erwachsene weibliche Arbeitskraft überwiegt in den „Kleidungs-gewerben“ und „Reinigungsgewerben“ und erreicht in der Textilindustrie mit 47,6 Proz. fast die Hälfte der gesamten Arbeiterschaft. Die jugendlichen und kindlichen Arbeitskräfte treten am meisten hervor in den Gruppen „Verschiedene Industrien“ (15 Proz.), „Verdunstungsgewerbe“ (13,7 Proz.), Metallverarbeitung (10,3 Proz.), Schmelzindustrielle Gewerbe (10,1 Proz.), Papierindustrie (10 Proz.) und Textilindustrie (9,9 Proz.). Von der Gesamtzahl der erwachsenen männlichen Arbeiter entfallen 21,1 Proz. auf Bergbau, Gütten und Salinen, 26,8 Proz. auf die Maschinen- und Metallindustrie und 10,8 Proz. auf die Industrie der Steine und Erden. Von den erwachsenen Arbeiterinnen kommen allein 33,3 Proz. auf die Textilindustrie, 15,3 Proz. auf die Kleidungs-gewerbe und 13,7 Proz. auf die Holzindustrie. Von den jugendlichen aberberibt die Textilindustrie 17,4 Proz., die Maschinen- und Metallindustrie 27,1 Prozent und die Verdunstungsgewerbe 10,5 Proz. Von den kindlichen Arbeitskräften endlich finden sich 30,2 Proz. in der Textilindustrie, 2,5 Proz. in der Metall- und Maschinenindustrie, 11,9 Proz. in den Verdunstungsgewerben und 10 Proz. in der Industrie der Steine und Erden.

Die Verteilung der Geschlechter bei Erwachsenen und Jugendlichen ergibt den geringsten Anteil des erwachsenen weiblichen Geschlechts im Baugewerbe (0,4 Proz.) und im Bergbau (1,5 Proz.); am höchsten in den Reinigungsgewerben (71,8 Proz.), Kleidungs-gewerben (70,3 Proz.) und Textilindustrie (52,8 Proz.). Bei den jugendlichen überwiegt das weibliche Geschlecht in den Kleidungs-gewerben (82,8 Proz.), Reinigungsgewerben (77,7 Proz.), Textilindustrie (61,8 Proz.), Papierindustrie (55,5 Proz.) und Forstwirtschaftliche Industrie (50,2 Proz.).

Was sollen Arbeiterinnen lesen?

Über diese Frage macht die Genossin Gertrud Hanna in Nr. 1 der Literaturbeilage des „Correspondenzblattes der Generalcommission der Gewerkschaften“ folgende sehr lehrwerte Ausführungen:

An Gelegenheiten, gute Bücher umsonst, teilweise zum Lesen zu erhalten, fehlt es den Arbeiterinnen in der Großstadt nicht. Volksbibliotheken, von sozialdenkenden Menschen geschaffene öffentliche und von der organisierten Arbeiterschaft errichtete Bibliotheken geben ihnen in ansehnlichem Maße die Möglichkeit, ihr Lesebedürfnis zu befriedigen. Selbst in kleineren Orten errichten Volksbibliotheken und überall, wo die Organisation der Arbeiter Fuß gefaßt hat, richtet sie jetzt ihr Augenmerk mit Erfolg auch auf die Schaffung von Stellen, von wo aus organisierte Arbeiter Bücher zum Lesen erhalten können.

Wer den Willen und die Zeit zum Lesen hat, findet also heute auch Gelegenheit dazu, selbst wenn ihm die Mittel fehlen, sich Bücher zu kaufen.

Die Frage der Bücherbeschaffung ist also für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Stadt zum Teil schon gelöst, und selbst in ländlichen Gegenden wird jetzt dem in der Arbeiterklasse stärker werdenden Verlangen nach geistiger Nahrung getragten. Hier allen namentlich die von den Arbeiterorganisationen geschaffenen „Wanderbibliotheken“ einen Teil der großen Lücke aus, die in Bezug auf die Möglichkeit, Lesestoff, und zwar unentgeltlich zu erhalten, zwischen der arbeitenden Bevölkerung in der Stadt und auf dem Lande besteht.

Weit weniger gelöst ist aber die Frage, was sollen wir lesen? Zwar haben auf diesem Gebiet die modernen Arbeiterorganisationen „wertvolles geleistet, indem sie Zusammenstellungen über empfehlenswerte Schriften veröffentlichten, auch beim Abholen der Bücher den Lesern und Leserrinnen mit Rat zur Seite stehen. Trotzdem wird aber vor der Mehrzahl die Auswahl planlos getroffen. Was einem Bekannter gealter hat, wird ebenfalls gelesen, und in der Hauptsache ist es die unterhaltende Literatur, die beansprucht wird. Der

Wert des außerdem noch vorhandenen Lesestoffes ist zu wenig bekannt und noch weniger, wie unterhaltend und anziehend auch die bildende und wissenschaftlich behaltende Literatur ist.

Vom amerikanischen Arbeiterbund.

Der 32. Jahrestag des amerikanischen Arbeiterbundes tagte vom 11.—23. November 1912 in Rochester im Staat New York. Es waren 355 Delegierte erschienen, einschließlich von 9 Gegenständigkeitsdelegierten; von diesen waren 2 Vertreter des britischen Gewerkschaftslengrenzes, 1 Vertreter des kanadischen Gewerkschaftslengrenzes, 2 Vertreterinnen von Frauenorganisationen und 4 Vertreter kindlicher Organisationen, von denen 3 auch Begrüßungsansprachen hielten, die selbstverständlich voll von Arbeiterfreundschaft waren, wenn man auch ebenso selbstverständlich nicht weiß, wie viel davon gehandelt war. Auf jeden Fall ist der Gewerkschaftskongress nicht der Platz für religiöse Umtriebe. Ein Antrag, religiöse Dinge künftig von den Verhandlungen auszuschließen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt; gegen den Antrag sprach auch der Führer der sozialistischen Delegierten, Max S. Hancock.

Aus dem Bericht, welchen der Bundessekretär Frank Morrison vorlegte, ist zu entnehmen, daß sich die zum Bunde gehörigen Gewerkschaften im letzten Verwaltungsjahr nur mäßig ausbreiteten; im September 1911 betrug die Mitgliederzahl 1 763 614 und im September 1912 betrug sie 1 841 268; die Zunahme macht also 77 654 aus. Volle Jahresbeiträge wurden 1911 für 1 761 835 und 1912 für 1 770 145 Beträge gezahlt. Der Mitgliederzahl nach die höchste unter den amerikanischen Gewerkschaften ist der Kohlenbergarbeiterverband (United Mine Workers), der 1912 für 267 000 Mitglieder Beiträge an den Arbeiterbund leistete. Der Verband der Zimmerer und Tischler hat 192 300 Mitglieder, der Verband der Maler, Dekorierer und Tapezierer 68 500, der Verband der Maschinenbauer 59 580, der Verband der Schriftsetzer 54 700 usw.

Einer der wichtigsten Verhandlungsgegenstände betraf die Organisationsreform. Die Delegierten der Kohlenbergarbeiter hatten der Antrag gestellt, der Kongress solle sich zum Zweck der Durchführung der Reformen zusammenschließen und der Vorstand des Arbeiterbundes solle mit aller Macht dafür wirken, daß die bestehenden Verhältnisse in Zusammenhang umgewandelt werden. Nach langer und teilweise sehr erregter Debatte wurde der Antrag abge-

Wert des außerdem noch vorhandenen Lesestoffes ist zu wenig bekannt und noch weniger, wie unterhaltend und anziehend auch die bildende und wissenschaftlich behaltende Literatur ist.

Ganz besonders erregend in der Auswahl ihrer Lektüre sind wohl die meisten Arbeiterinnen. Während die männlichen Angehörigen der Arbeiterklasse, soweit sie sich geistig nicht über dem Durchschnitt ihrer Klassenossen erheben — auch von den Arbeiterinnen haben wir jetzt nur dies im Auge —, doch neben Romanen auch Reisebeschreibungen, Heldenepen, Erzählungen über Land und Leute und, als Folge der Stellung als Berufsangehörige, auch Fachliteratur in der Regel bevorzugen, treffen die Arbeiterinnen fast ausschließlich ihre Auswahl aus den zur Verfügung stehenden Romanen, Novellen usw. Am günstigsten Falle kommen noch Dichtungen hinzu, unter denen aber die sentimentalen bevorzugt werden. Selbst beim Zeitung lesen kann man den Unterschied in der Art des Lesestoffes bemerken, den Frauen oder Männer bevorzugen.

Frauen und Mädchen greifen zunächst zur „Geschichte“ und bei der Mehrzahl bekannt ist der Stoff, den für sie die Zeitung enthält, auf die Geschichte und die Tagesneuigkeiten. Auf die Ursachen dieser Ordnung kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden, nur soviel ist gesagt, daß sie zurückzuführen sind auf die gesellschaftliche Stellung, die das weibliche Geschlecht seit Jahrhunderten einnimmt und die jetzt erst allmählich einer anderen Platz zu machen beginnt. Die Folge ist, daß die für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse so hemmend wirkende Gleichgültigkeit der erwerbstätigen Frauen und Mädchen und der übrigen weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse, allen eintreten oder doch über den Rahmen des taglichen Lebens hinausgehenden Dingen gegenüber.

Auch auf diesem Gebiet ist es allerdings gegenüber den Frauen vor 20, 30 Jahren anders geworden. Namentlich eine Viertelmillion Arbeiterinnen gehören den freien Gewerkschaften als Mitglieder an und in verschiedenen Verbänden beteiligt sich eine Anzahl Arbeiterinnen lebhaften an Agitations- und Verwaltungsarbeiten. Ihre Zahl ist aber im Verhältnis zur Häufigkeit der Organisierten und

lehnt und der Beschluß des Kongresses von 1901, betreffend die Organisationsform wieder bestätigt. In jenem Beschluß heißt es, daß grundsätzlich an der Organisation nach Parteien fortzuhalten sei; aber in Ländern, wo eine Industrie vorherrscht und die übrigen Industrien nur wenige Arbeiter beschäftigen, sollen sich alle Arbeiter der Organisation der vorherrschenden Industrie anschließen; ferner wird den Organisationen sehr nahe verwandter Berufe die Verschmelzung empfohlen. Für Industrieverbände wurden 5929 Stimmen abgegeben, dagegen 10364 Stimmen; Delegierte mit 444 Stimmen erzielten sich der Zustimmung. (Auf je 100 Mitglieder kommt eine Stimme.)

Der Vorsitzende des Arbeiterverbandes hatte in seinem Bericht empfohlen, daß die Obergewerkschaften fortfahren sollen, sich wie bisher, soweit es sich um Angelegenheiten der Arbeiterklasse handelt, politisch zu betätigen; arbeiterfreundliche Kandidaten für öffentliche Ämter sollen ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit unterstützt und Arbeiterfeinde sollen bekämpft werden. Diese Empfehlung erbob der Kongress mit 166 gegen 43 Delegiertenstimmen zum Beschluß. Der Antrag eines Delegierten, eine besondere unabhängige Arbeiterpartei zu bilden, wurde vom Schatzmeister Lennor, der bei diesem Punkt den Vorsitz führte, nicht zur Debatte zugelassen, da er Parteipolitik betreffe, die nach dem Statut des Arbeiterverbandes nicht erörtert werden darf.

Drei Anträge verlangten, daß die Vorstandsmitglieder des Arbeiterverbandes durch Abstimmung aller Mitglieder der angeschlossenen Organisationen gewählt werden sollen. Dierfür stimmten 57 Delegierte, dagegen 193. Der Antrag auf Ablehnung wurde vom Berichterstatter John B. Aren damit verändert, daß die Wahl des Vorstandes aus praktischen Gründen anders sein solle. Von den erwählten seien einer Abstimmung von zwei Millionen Wählern angefohlen, kommt in Betracht, daß die Kandidaten der Mandatanten für ihre Wahl ausschlaggebend sein sollen. Aber nur wenige von den zwei Millionen Gewerkschaftsmitgliedern kennen einen Kandidaten persönlich und sind in der Lage, über seine Kandidaturen zu urteilen. Ganz anders ist es, wenn die Wahlen auf den Obergewerkschaftskongressen vorgenommen werden, denn die kongressdelegierten kennen einander und sie können sich viel leichter ein Urteil über jemandes Eignung bilden als die Masse der Mitglieder draußen im Lande. Viele wurden nur zu leicht politischen Zwangspartien folgen. Der Bericht mit dem Vorschlag zu öffentlichen Ämtern ist nicht zureichend, denn die Befehrer sind oft öffentlichen Ämtern weder im Besitzen gewarnt, immensal deren sie unfähig und nicht bekannt sind. Einige neuer amerikanischen Gewerkschaften in-lasse die

vor allen Dingen gegenüber der Zahl der Beschäftigten äußerst gering. Die Notwendigkeit der Organisation und des Mitwirkens für sie wird eben bis heute noch immer nur von einem kleinen Teil der Beschäftigten anerkannt. Die Haltung der Arbeiterinnen bei Vorkämpfen kann aber von weitaus mehr Einfluß für die Verhältnisse im Gewerbe sein. Deshalb ist es notwendig, alles zu versuchen, um auch die Arbeiterinnen für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Dieser Einfluß verbleibt sich auch heute keine Arbeiterorganisation mehr.

Nach unserer Meinung könnte der Erfolg der Werbearbeit wirksam unterstützt werden, wenn es gelänge, die Arbeiterinnen zu veranlassen, in der Auswahl ihrer Vektüre Änderung eintreten zu lassen. Nach dieser Richtung zu wirken, soll der Zweck dieser Zeilen sein.

Wir müssen doch alle, daß die wenigsten aus sich heraus, ohne jede Anleitung dazu kommen, zu ändern als allgemein bekannten Büchern zu greifen. In den meisten Fällen muß ein Anstoß dazu gegeben sein. Dann allerdings entwickelt sich die Sache bei den intelligenten Menschen meist von selber. Nicht wenige Leser des „Correspondenzblattes“, die heute an leitender Stelle in der Arbeiterbewegung stehen, werden mir hierin recht geben. Vieles von ihnen mag es auch anfangs schwer gefallen sein, der Vektüre wissenschaftlich sich beherrschender Bücher Geschmack abzugewinnen, da die häusliche Erziehung und die der Schule der Proletarierkinder eben nicht ohne weiteres die Vorbedingungen hierfür haben. Erst dies ganz allgemein auf die Angehörigen der Arbeiterklasse zu, so in viel größerem Maße auf die weiblichen Mitglieder. Wir kennen alle den Unterschied, den Schule und Elternhaus in der Erziehung zwischen Knaben und Mädchen machen. Die Tatsache ist uns allen aber so im Fleisch und Blut übergegangen, daß sie uns nur beim Nachdenken zum Bewußtsein kommt. Daher ist es auch kein Wunder, wenn von dem alten Jopf, daß es der weiblichen Eigenart nicht entspricht, für Dinge, die auch den Knaben und den Mann interessieren, Neigung zu zeigen, noch immer ein Stück auch in den Reihen der fortgeschrittenen

Arbeiterinnen eingeführt hatten, geben sie als unpraktisch wieder auf. — Im Verlauf der Debatte wies Gompers besonders auf Deutschland hin, dessen mächtige und feingebildete Gewerkschaftsbewegung ganz ohne Unwahlen auskommen kann.

Ziemlich lange wurde über die sogenannte „Boy Scout“-Bewegung debattiert; die „Boy Scouts“ sind Vereine jugendlicher Personen, die körperliche Beschäftigung bezwecken — am liebsten aber „Sozialen Spielen“ und diese Spielerei ist am meisten geeignet, dem Jugendmilitarismus Freunde zu werden. Deutscher mehr wertvoller der Beschluß des Kongresses, die „Boy Scout“-Bewegung nicht grundsätzlich zu verurteilen, sondern mit ihr Kontakt zu nehmen und dahin zu streben, daß sie sich den Obergewerkschaften gegenüber sympathisch verhält.

Ein Beschluß fordert die Ausdehnung des Einwanderungsverbotes auf alle Nationen; gegenwärtig ist nur den Chinesen das Betreten des Dollarkontinentes grundsätzlich verboten. Weitere Beschränkungen der europäischen Einwanderung wurden diesmal nicht verlangt. Die alte Forderung der amerikanischen Gewerkschaften, das Verbot der Einwanderung von Analphabeten, ist ihrer Bewirtschaftung nahe. Die meisten anderen Beschlüsse sind von nicht allzu großer Bedeutung.

Alle vorherigen Vorstandsmitglieder des Arbeiterverbandes wurden wiedergewählt. Besonders heftige Opposition wurde gegen die Wahl von Gompers (Vorsitzender), John Mitchell (2. Vizevorsitzender) und James Connell (3. Vizevorsitzender) gemacht. Zur Gompers wurden 12088 Stimmen abgegeben. Sein sozialistischer Gegenkandidat Max E. Jones (Voraussetzer der Zeitung „Cleveland Citizen“) erhielt 4959 Stimmen. Das sind mehr als jemals gegen Gompers abgegeben worden; allerdings nannten von den Stimmen, die Jones erhielt, 476 von den beiden Bergarbeiterverbänden allein, während in den anderen Verbänden Gompers' Einfluß und Anhang unvermindert ist.

• Rus Politik und Volkswirtschaft •

Vom Reichstag.

Berlin, 25. Januar 1913.

Auch in dieser, wie in der vergangenen Woche laute die Parole der Beratungen ausschließlich: Reichstag! Des Junges. Nur mit dem Unterschiede, daß in voriger Woche die Generaldebatte, in dieser Woche die Spezialdebatte vorzunehmen, aber bei weitem noch nicht zu Ende geführt wurde, wappel hat wappel wurden aus dem Mäulchen der drei Bände des

neuen Arbeiteramtens zu finden ist. Zwar ist der Ausdruck „Blaustrumpf“ für eine Frau, die eine Volksschule besucht oder sich schriftstellerisch betätigt, der jüngeren Generation weniger bekannt, große Verwandlung erregt es aber heute noch, wenn bekannt wird, daß weibliche Angehörige der Arbeiterklasse in ihren Anschauungen und ihrer Betätigung von der großen Masse ihrer Geschlechtsgenossinnen abweichen.

Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, sei ausdrücklich gesagt, daß auch wir nicht entfernt daran denken, auf die Frauen einzuwirken, ihre weiblichen Eigenarten aufzugeben. Eine Frau, die daran Gefallen findet und dann auch rein äußerlich ihre Emanzipation vom Atheneraeranten zu beweisen sucht, wird ganz naturgemäß leicht der Lächerlichkeit anheimfallen und ist nicht geeignet, vorbildlich und autoritär auf ihre Geschlechtsgenossinnen einzuwirken. Was wir beabsichtigen, ist lediglich, die Arbeiterinnen zu veranlassen, sich freizumachen von der überheferten Ansicht, die in der Frau ein von Natur aus geistig minderwertiges Wesen sieht, und mitzubehalten, das zum Teil gutzumachen, was Schule und häusliche Erziehung an den Kindern der Arbeiterklasse im allgemeinen und an den Mädchen ganz besonders gelindert haben. Erst dann wird die Arbeiterin umstände sein, ihren Platz im Wirtschaftsleben auszufüllen, auf den die gegen früher anders gewordenen Verhältnisse sie heute stellt.

Dazu dürfte erheblich beitragen, wenn es gelänge, die Arbeiterinnen für andere Vektüre zu interessieren, als sie jetzt für sich wählt. Dies zu versuchen, soll das nachstehende Verzeichnis der für Arbeiterinnen besonders zu empfehlenden Schriften zur Aufgabe haben. Von den vorhandenen werden nur eine kleine Anzahl Bücher erwähnt werden in der Voraussetzung, daß Unkundigen die Auswahl unter vielen natürlich schwer fällt, auch das Anführen einer großen Zahl Bücher abschreckend auf diejenigen wirken dürfte, die erst daran gewöhnt werden sollen, nicht nur einseitig ihre Vektüre auszusuchen. Es soll das Verzeichnis ja auch nur Anleitung sein, den ersten Schritt zu gehen. Dieser ist aber bekanntlich der schwerste. Auch die jetzt sich noch mit einseitigem Lesestoff begnügende Arbeiterin wird von

dreijährigen Arbeitshaushaltsplans hervorgeholt und, bald länger, bald kürzer, abgehandelt und durchberaten. Dabei wurden eine ganze Reihe von Anträgen und Resolutionen miterlebt und mitbeschlossen. So standen allein am Mittwoch über 60 solcher Resolutionen zur Abstimmung! Mehr wie eine Stunde ging darauf, um diese Massenabstimmung durchzuführen.

Unter diesen 60 Anträgen war auch einer, dessen Inhalt wohl das wichtigste Darstellte, was in dieser ganzen Woche für die deutsche Arbeiterschaft zur Diskussion und Entscheidung kam. Es war ein Antrag der Konservativen, der forderte, daß die Regierung in einem neu vorzulegenden Gesetzentwurf das Streikpolitenstehen verbieten solle. Mit anderen Worten: die Junckerpartei verlangte ein neues Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse. Die ganze Volkswirtschaft dieser Leute kam in diesem Antrag wieder einmal zum Ausdruck. Um jeden einzelnen Abgeordneten kennen zu lernen, der es wagen würde, für diesen Antrag einzutreten, beantragte die Sozialdemokratie namentliche Abstimmung. Ihr Ergebnis war für die Juncker ungemein lässlich. Von etwa 350 anwesenden Abgeordneten stimmten 282 gegen und nur 52 für den Antrag; die Juncker blieben mit ihrem Antrag ganz allein. Ihr Antrag war glänzend abgelehnt.

Auch bei zwei anderen Beratungsgegenständen erregten die Sozialdemokraten einen großen Erfolg, der sich für das arbeitende Volk sehr bald in klingender Sprache angenehm bemerkbar machen wird. Bei der Beratung über das Reichsversicherungsamt rechnete Kollensbühr voraus, daß auf Grund der Reichsversicherungsordnung und der durch sie bereits aufgeschapelten Gelder der Arbeiter für die Witwen und Waisen nicht, wie es im Etat vorgesehen ist, 57 Millionen, sondern etwa das Doppelte sehr schon jahrelang an Renten und Unterstützungen ausgezahlt werden könnten und müßten. Das Plenum des Reichstags trat in seiner Mehrheit den überzeugenden Darlegungen Kollensbührs bei, und der Regierung bleibt nunmehr nichts übrig, als jene höheren Summen an die Witwen und Waisen wirklich auch herauszulassen.

Den anderen Erfolg erlöst Genosse Rauch Hannover. Er verlangte Erhöhung der Unterstützungen, die an die Familien der zur Militärübung eingezogenen Mannschaften gezahlt werden. Bis zum Jahre 1902 hatte es solche Unterstützungen bekanntlich überhaupt nicht gegeben. Damals waren sie wieder auf Betreiben der Sozialdemokraten endlich eingeführt worden. Doch betragen sie von da an bis heute stets nur zwischen 30 und 60 Proz. des ortsbekanntesten Tagelohns des einzuziehenden Mannes. Rauch verlangte auf den gesamten ortsbekanntesten Tagelohn. Und seine Forderungen waren so zwingende, daß die Redner aller Parteien

zustimmten. Der sozialdemokratische Antrag wurde einstimmig angenommen.

Neben den geschilderten Angelegenheiten wurden noch viele andere wichtige besprochen. So die Forderungen der Hochseefischer, die Reblausnot, die hohen, künstlich herbeigeführten Marktpreise, Schulfrage und Molligesch. Aber in allen diesen Punkten war die Einigkeit der Parteien verschwunden. Die Sozialdemokratie stand mit ihren Anschauungen und Forderungen im schroffen Gegensatz zu fast allen bürgerlichen Parteien. Doch verfiel sie energisch ihre Überzeugungen und machte so Propaganda für sie. Auf einen Dies fällt kein Baum, und viele Tropfen höhlen den Stein; es wird die Zeit schon kommen, wo sich ihre Anschauungen auch in diesen Punkten als richtig erweisen und zum Heile der breiten Massen des werttätigen Volkes, auch durchsetzen werden. Einweilen können wir mit den drei Erfolgen dieser Woche schon einigermaßen zufrieden sein.

R. Göhrle.

◆ Aus den Stadtparlamenten ◆

Tresden. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums stellten im Oktober v. J. im Kollegium den Antrag, der auch zur Annahme gelangte und lautete: Das Kollegium wolle in teilweiser Abweichung von dem Antrage Krumborn und Genossen beschließen: Das Kollegium wolle den Rat ersuchen, Maßnahmen zur Verringerung des unter den gering besoldeten Angestellten und Arbeitern herrschenden Missetandes tunlichst umgehend einzuleiten und hierbei alle Arbeiter und Angestellten zu berücksichtigen, deren Jahreseinkommen an Lohn oder Gehalt 2000 Mk. pro Jahr nicht übersteigt. Der Rat beschloß nun in der Sitzung vom 14. Januar d. J. auf Grund eines vom Personalratte ausgearbeiteten Vortrages an die städtischen Beamten und Bediensteten nach Maßgabe der hierfür aufgestellten Bestimmungen einen Mietzuschuß zu gewähren, der von 80 bis 250 Mk. jährlich entsprechend den Gehältern steigt und allen städtischen Beamten gewährt werden soll mit Ausnahme der unverheirateten Personen und der verheirateten Beamtinnen, sowie der Beamten und Bediensteten, die Dienstwohnung innehaben. Zu den für den Mietzuschuß vorgesehene Sätzen werden für die unteren Besoldungsstufen Zuschläge von 25 bis 100 Proz. nach der Zahl der Kinder gewährt. Der Rat genehmigte die hierüber aufgestellten Bestimmungen mit Wirkung vom 1. Januar 1913 ab. — Die Erhöhung der Wohnungszuschüsse für die Leiharbeiter an den höheren Schulen hatte der Rat bereits in einer Sitzung vom 28. Dezember 1912 beschlossen. Den Straßennetz und Wagenführern der städtischen Straßenbahn in Besoldungsgruppe IIIa und den Oberleitern und Oberführern in Besoldungsgruppe IVb des Pe-

prelle sein müßte. Dringend zu empfehlen ist, auch dem politischen Teil und vor allen Dingen den Parlamentsberichten Interesse entgegenzubringen. Diese gewähren manchen Einblid in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens und der politischen Verhältnisse und werden reiche Veranlassung geben, zu versuchen, durch Studium der einschlägigen Literatur tiefer in die Dinge einzudringen. Die alle 14 Tage erscheinende sozialdemokratische Frauenzeitung „Die Gleichheit“ bespricht und erläutert die politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen und bringt außerdem neben unterhaltenden auch belehrende Artikel über Hauswirtschaft und Kindererziehung. Als Einführungsorgan für die verschiedensten Fragen leistet „Die Arbeiter Jugend“ außerordentliche Dienste. Ihre belehrenden Artikel sind deshalb auch erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen sehr zu empfehlen. Von Zeitschriften sei noch genannt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften, das an alle organisatorisch tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen gratis abgegeben wird und ausführlich und in erster Linie alle bedeutenden Vorkommnisse des Wirtschaftslebens zur Kenntnis bringt und kritisch betrachtet.

Nachstehend ein Verzeichnis empfehlenswerter Bücher und Broschüren:

„Die Frau und der Sozialismus“ (M. Bebel). Dies Buch müßte jede Arbeiterin lesen. Es zeigt die Stellung der Frau in den verschiedenen Zeiten der Kulturentwicklung und der verschiedensten Völker und weist nach, daß die eingetretenen Veränderungen stets durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt waren. Der letzte Abschnitt legt dar, daß endgültige Befreiung die Frau erst in einer zukünftigen Gesellschaftsform erwarten kann. Das Buch wird Anregungen geben, über die Ursachen unterschiedlicher Bewertung von Mann und Frau nachzudenken und Interesse für die Gebiete der Naturwissenschaft, Volkswirtschaft und den Sozialismus zu wecken.

Die Arbeiterinnen im Klassenkampf (E. Jherer); Die Frauenfrage (Vilij Braun); Die Frauen und die Politik (Vilij Braun); Zur Frage des Frauenwahlrechts (Clara Zetkin); Die Arbeiterinnen und Frauenfrage der Gegenwart (Clara Zetkin); Die Frauen und der politische Kampf (Louise Steph.); Die Arbeiterin im Kampf ums Dasein (M. Ropp); Die Lage der arbeitenden Klassen in England (Fr. En-

gelber weitergehen, wenn sie erst kennen gelernt hat, daß es ein Wunsch ist, die freie Zeit mit anregender, belehrender Lektüre auszufüllen, und einen Begriff bekommen hat von der Art des Inhalts einiger Schriften.

Ganz naturgemäß wird namentlich die Arbeiterin höchst selten Gelegenheit finden, selbst bei höchster Intelligenz und größtem Interesse, sich umfassende Kenntnisse auf den verschiedensten Wissensgebieten durch Studium anzueignen. Die wenige Zeit, die ihr zur Verfügung steht, zwingt sie allein schon, sich Beschränkungen aufzuerlegen. Diese Erkenntnis und unsere Absicht, die Arbeiterinnen für den wirtschaftlichen Kampf und die Mitarbeit in den Organisationen der Arbeiterklasse zu gewinnen, veranlaßt uns denn auch, in erster Linie die gewerkschaftliche und die damit zusammenhängende Literatur zu empfehlen und im Verzeichnis zu erwähnen.

Bei dem heutigen Stande der Frauenerwerbsarbeit und dem Individualismus, mit dem die große Mehrzahl der Arbeiterinnen den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen gegenüberstehen, sich mit unerbittlichen Löhnen abspülen und als Lohnbrüderinnen brauchen lassen, ist es gerechtfertigt, wenn alle nur denkbaren Wege eingeschlagen werden, um auch die Arbeiterinnen für den wirtschaftlichen Kampf zu gewinnen. Gelingt es, die intelligenten Arbeiterinnen zum Lesen dieser Zeilen zu veranlassen, und tragen sie dazu bei, ihre Lektüre zu beeinflussen, so dürfte ein wesentlicher Schritt auf dem Wege getan sein, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die der Gewinnung der Arbeiterinnen für die Organisationen entgegenstehen.

Wir wollen durch Lesen nicht nur unsere freie Zeit ausfüllen, sondern auch unser Wissen bereichern. Laß auch für Arbeiterinnen das Wort Wilhelm Liebknechts „Wissen ist Macht“ Geltung hat, hat Wally Jopier kurz und doch ausführlich dargelegt in ihrer Broschüre: „Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterinnen.“ Mit der Bekanntgabe dieses kleinen Schriftchens sei deshalb der Verweis empfehlenswerter Literatur für Arbeiterinnen eingeleitet.

Daß auch Arbeiterinnen ihr Gewerkschaftsorgan lesen müssen, ist selbstverständlich, ebenso, daß ihre Tagesliteratur die Arbeiter-

solennitätsplanen, die infolge der bei der allgemeinen Gehaltsregelung im Jahre 1909 erteilten staatsrechtlichen Auftrags seit diesem Jahre eine prozentuale höhere Gehaltsaufbesserung erfahren haben als die übrigen städtischen Beamten, beschließt der Rat für das Jahr 1913 nur die Hälfte des vorgezeichneten Mietzuschusses zu gewähren, vom 1. Januar 1914 aber den vollen Mietzuschuß. — Wo bleiben die in dem Antrage des Kollegiums erwähnten städtischen Arbeiter? Der Mangel unter ihnen ist ebenfalls groß, trotz der Wohnzulage, die sie im vorigen Jahre erhalten haben. Das Durchschnittseinkommen der städtischen Arbeiter ist bei weitem geringer als das der bedachten Beamten und Bediensteten. Daß den niedrigeren Beamten und Bediensteten die Erhöhung ihres Einkommens not tut, soll nicht bestritten werden, sie ist ihnen auch zu gönnen, nur sollten die städtischen Arbeiter nicht leer ausgehen. Diese Vorlage des Rates unterscheidet sich sehr vorteilhaft von der Vorlage zur Gewährung der Mietzuschüsse an die Arbeiter. In dieser wären die ledigen und verheirateten Arbeiter ohne Kinder von dieser Fürsorge ausgeschlossen, hier nur die unverheirateten Beamten und Bediensteten. Hoffentlich läßt der Rat dieser Vorlage bald eine andere über Erhöhung des Einkommens der städtischen Arbeiter folgen.

Aus den Gemeinden

Dortmund. Die Entdeckung der Steuerhinterziehung des liberalen Stadtverordneten Otto zur Hellen hat anscheinend wieder einmal einen Sumpf kommunaler Korruption bloßgelegt; mit der Mandatsniederlegung des Hellen ist in Dortmund keineswegs Ruhe eingelebt, vielmehr geht nun der Skandal erst recht los. Der „General-Anzeiger“ behauptet, daß Hellen viele Jahre konturrenzlos die Hoflieferungen für die Stadt gehabt habe. Für Hellen seien diese Lieferungen eine Einnahmequelle von alljährlich 20 000 Mark gewesen. Wenn einmal versucht worden sei, die Lieferungen einer anderen Firma zu übertragen, sei Hellen gleich auf dem Bureau des betr. städtischen Beamten erschienen, um die Lieferung für sich zu erwirken. Ferner behauptet der „General-Anzeiger“, daß auch die Städtische Straßenbahn ihre Wagen nicht direkt bestelle, sondern durch die Vermittlung eines Dortmunder Stadtverordneten. Er deutet an, daß dieser Herr für seine Vermittlungen Provision bezogen habe. — Die Stadtverwaltung schweigt zu diesen Anklagen. Außer dem Zentralsorgan wagt es kein Blatt, die Partei der Wechseldünen zu ergreifen; die „Tremonia“ verteidigt allein die Normation, sie wendet sich gegen die Forderung, daß die Stadtverordneten vor Arbeiten und Lieferungen für die Stadt ausgeschlossen sein sollen. Das sei in Dortmund gar nicht durchführbar, weil dann wohl niemand mehr Stadtverordneter werden würde, der im öffentlichen Leben steht. Das Amt eines Stadtverordneten erledert

Zeit und Geld. Wer in mehreren wichtigen Kommissionen mitzuarbeiten berufen ist, hat gewaltige Opfer für sein Geschäft und seine Familie zu bringen, wenn er sein Mandat gewissenhaft ausüben will. Daß der betreffende Stadtverordnete nun noch fernerehin für die Ausübung des Ehrenamtes geschädigt geschädigt werden soll, wäre eine durch nichts gerechtfertigte Härte. Die „Tremonia“ betrachtet also die Hebertragung von städtischen Arbeiten und Lieferungen an Stadtverordnete gewissermaßen als Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit.

Kommunale Arbeitslosenunterstützung in Mannheim. Der Stadtrat beschloß, eine Arbeitslosenunterstützung nach dem Genetischen System einzuführen. Männliche Arbeitslose erhalten einen städtischen Zuschuß von 70 Pf. pro Tag, weibliche Arbeitslose einen solchen von 50 Pf. Für bis zu 3 Kindern werden je 10 Pf. Zuschuß gemährt. Im Höchstfall also gibt es einen Zuschuß von 1 Mk. pro Tag, und zwar auf die Dauer von 60 Tagen. Voraussetzung zum Bezug des Zuschusses ist einjährige Sechshäftigkeit. Neben der Bezugsberechtigung werden die Erhebungen von den Gewerkschaften gemacht, welche auch die städtischen Zuschüsse zu verteilen haben. Die Kontrolle der Arbeitslosen erfolgt auf dem städtischen Arbeitsamt. Gleich hohe Unterstützung wird auch an nichtorganisierte Arbeiter und an solche Arbeiter ausbezahlt, die zwar gewerkschaftlich organisiert, nicht aber gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit versichert sind. Die Entscheidung über die Bezugsberechtigung und die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt in diesen Fällen durch das Arbeitsamt. Die Vertreter der Industriellen stimmten unter der Voraussetzung für die Gewährung der Zuschüsse an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wenn die Vertreter der letzteren für die Unterstützung der Nichtorganisierten eintreten. Es sollte damit die Wahrung voller Parität seitens der Stadt gegenüber der Arbeiterchaft zum Ausdruck gebracht werden. Die Vertreter der Arbeiter gingen darauf ein, um die Einrichtung einer städtischen Unterstützung zu retten. Der Stadtrat glaubt, mit 10 000 bis 50 000 Mk. im Jahre auszukommen. Die im Jahre 1911 gegründete Arbeitslosen-Sparversicherung wird wieder beseitigt, da die Arbeiterchaft dafür kein Interesse befundet hat.

Wasserbauarbeiter

Landshut Land. Unlängst wurde seitens der Christlichen unsere Hilsale angekündigt. Doch eben oder unsere Kollegen unter dem größten Terrorismus der Christlichen zu leiden haben und keine Minute vor der Anrempelung eines ihrer Agitatoren sicher sind, acht unsere Hilsale aufwärts. Viele Kollegen kennen dem langen Treiben nicht widerstehen und heißen ja, um Hilfe zu bekommen in das christliche Betanken einzutreten. Aber Mitleid der christlichen Organisation ist, hat auch nicht das stärkste Auge

gels; Lohnarbeit und Kapital (Dr. Engels); Das Erfurter Programm (St. Kaustsch); Thomas More und seine Utopie (St. Kaustsch); Die Vorläufer des neueren Sozialismus (St. Kaustsch); Ferd. Lassalles Reden und Schriften; Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (Dr. Mehring); Die deutsche Revolution (W. Bloss); Die französische Revolution (Mianet); Die Arbeiterfrage (Dr. A. Lange); Wissen ist Macht, Macht ist Wissen (W. Liebknecht).

Gewerkschaftsbewegung und Genossenschaften: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung (C. Legien); Das Koalitionsrecht in Theorie und Praxis (C. Legien); Die sozialdemokratischen Gewerkschaften (B. Schmöle); Die Gewerkschaftsbewegung (Stutemann); Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung (W. Schippel); Die Geschichte des Baderverbandes; Die Geschichte des Buchbinderverbandes; Die Geschichte des Zimmererverbandes; Die Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaftsämter (P. Umbreit); Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland (P. Umbreit); Der Stand der gelben Organisation in Deutschland (P. Umbreit); Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland (A. Erdmann); Der Schwindel der kritischen Arbeiterpolitik (A. Erdmann); Die Schwarzgelben (A. Erdmann); Die deutschen Arbeitgeberverbände (Kehrer); Gewerkschaften und Unternehmerverbände (Dr. A. Müller); Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien (A. Behel); Konföderation und Arbeiterbewegung (St. Kaustsch); Die Genossenschaftsbewegung (G. David).

Arbeiterinnenfrage, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung: Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen (H. Fürth); Die Hausindustrie in Deutschland (F. Kampffmeyer); Hausindustrie und Heimarbeit (Berl. d. G. K.); Aus der Berliner Heimarbeit (Enquete des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse); Die Heimarbeit in Erzgebirge und ihre Wirkungen (P. Gohre); Die Weber in der Gegenwart (A. Hilberding); Die Stellung der Heimarbeiter zur Errichtung von Betriebsstätten (G. Schath); Der Achtundzestag (Dr. Jodel); Die Arbeiterschutzgesetzgebung (P. Umbreit); Das Kinderarbeitgesetz (Gode Dunder); Das proletarische Kind (Otto Rühle); Die deutschen Arbeiterversicherungsgesetze (Alice Salomon); Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche (A. Schmidt); Die Reform der Arbeiterversicherung (A. Schmidt); Die Mutterschaftsversicherung (Willy Braun); Zur Frage

des Mutter und Säuglingschutzes (Louise Pfeil); Der Kampf um die Reichsversicherungsordnung (Bern. Verlag).

In der Frage des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung ist absichtlich davon abgesehen, die vorhandenen Gesetze zum Studium zu empfehlen. Am sich aus diesen über die betreffenden Materien ausreichend zu informieren, ist mehr als bloßes unmerkliches Lesen erforderlich. Es fehlt nämlich bereits vorhandenes großes Verständnis für die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen und das, was ihnen not tut, voraus. Für Arbeiterinnen, die sich in dieser Weise betätigen, dürfte also ein Hinweis auf die Notwendigkeit sorgfältiger Auswahl ihrer Lektüre nicht mehr nötig sein. Ausdrücklich sei aber hervorgehoben, daß beherrschende Artikel über den Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung in großer Zahl im „Correspondenzblatt der Generalkommission“, der „Gleichheit“, den „Sozialistischen Monatsheften“, der „Neuen Zeit“, der „Arbeiter Jugend“ sowie in den Gewerkschaftsblättern vorhanden sind. Das von der Generalkommission herausgegebene Literaturverzeichnis weist diese und auch andere für Arbeiterinnen wichtige Artikel in großer Zahl nach.

Naturwissenschaft: Die Darwinische Theorie (Ed. Voelking); Der Stammbaum der Tiere (W. Volckhe); Die Abstammung des Menschen (W. Volckhe); Die Schöpfungsgeschichte des Lebens (W. Volckhe); Moses oder Darwin (A. Tadel); Geologie (A. Geitel); Unter Wald (Curt Grottelwig); Die Geschichte der Erde (Bommelt).

Unterhaltende Literatur: Die Werke unserer Mäster: Goethe, Schiller, Lessing, Heine. Werke moderner Dichter: Bösen, Forman, Hauptmann, Sudermann. Ein Rückblick (Bellamy). Der blonde Fabrikant (Einh.). Hinter Fing und Schraubboden (Einh.). Als ich noch der Wadd-merhub war (Kollager); Der Adewirt von Kirchbrunn (Kollager); Als ich das erste mal auf dem Dampfbojen sah (Kollager); Die Wästen nieder (B. v. Suttner); Die Genetische (Otto Lubnow); Aus dem Reagen in die Traue (Otto Ludwig); Die Albigenser (A. Lenan); Michael Kohlhaas (H. v. Meiß); Amphigony (H. v. Meiß); Der arme Heinrich (Gottfried Keller); Juchter So wessen (Gottfried Keller); Bern Illi (G. Freylich); Peter Moos; Fahrt nach Zudacht (G. Freylich); Die Judenbuche (u. Droste Juchhoff); Unruhige Gäste (G. Freylich); Der Stumpf (Zimlir).

des Vorgesetzten zu fürchten. Daß dabei auch der Postführer Schmitt, der bei der christlichen Christbaumfeier erst einen Goldkranz in die christliche Masse sprangen ließ, sein möglichstes daran setzte, ist begreiflich. Anders verhielt sich aber mit denjenigen, die sich einmal verdienstvoll der freien Gewerkschaften angenommen haben. Sie werden nicht mehr eingestellt. Einige dieser Arbeiter waren allerdings nach Ansicht des Postführers einen Nehtreitt bekommen, weil sie als Gegenkandidaten bei der Delegiertenwahl zur Hauptklasse auftraten. Sondern ist die Loyalität des gestrengen Herrn zum Teufel. Am 19. Januar tagte unsere Generalversammlung. Nicht zur selben Zeit, als sich die Christlichen im „Katholischer Hof“ zusammenfanden, um gegen eine Ungerechtheit anzugehen. Das Hauptanliegen Landshut hatte nämlich „aus lauter Dankbarkeit“ für die Christlichen vergeben, die vom Landtag zu erhaltende Aufbesserung zu gewähren. Und statt in der christlichen Versammlung zu erscheinen, zogen es einige Kollegen der christlichen Organisation vor, in unsere Versammlung zu kommen. Kollege Weigl erstattete den Jahresbericht. Der Massenbericht des Kollegen Hoffmann zeigte ein bedeutendes Steigen des Vollallosienstandes. Wie erkannt waren die Kollegen, als ein christlich organisierter Kollege meinte, dieses Vermögen werde recht bald wieder Vermögen der Gesamtwerkstattarbeiter werden, da ein großer Teil davon heute wieder dem freien Verbands zugehe. Nur wegen des Trüdes der Christlichen haben viele Kollegen noch nicht den Mut, zu wandern. Die Neuwahl des Präsidialvorstandes brachte keine wesentlichen Änderungen.

◆ **Notizen für Gasarbeiter** ◆

Jittau. Die Stadtverordneten nahmen in ihrer Sitzung vom 17. Januar einen Beschlusse zu, wonach die Gasanstalt mit einem Kostenaufwand von 110.000 Mk. erweitert werden soll. Es sollen drei Vertikalöfen alternativen Systems aufgestellt werden. Nach den Ausführungen des Referenten, Stadtv. Küder, zu schließen, müssen diese neuen Öfen die reinen Hermeiteiler sein, denn die Kohlen sollen von oben von ganz allein reinfallen und unten soll der Koks von selbst herausfallen! Nun so ganz und gar ohne menschliche Arbeitskraft wird das immerhin nicht vor sich gehen. Der Referent malte überhaupt die ganze Sache recht schön, um den Stadtvätern die Bewilligung der großen Summe schmachtlich zu machen. So führte er ferner aus, daß bei dem alten System die zur Erzeugung von 1 Million Kubikmeter Gas erforderlichen Arbeitslöhne und Brennstoffkosten 15.000 Mk., bei dem neuen System aber würden sie nur noch 5000 Mk. betragen, also eine Ersparnis um 10.000 Mk.! Unsere Kollegen im Gaswerk aber müssen die Augen offen halten, damit sie auch ihre Interessen hierbei wahrnehmen können.

◆ **Aus unserer Bewegung** ◆

Prate i. Ubbg. Am 12. Januar fand die Generalversammlung statt. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende, den Massenbericht der Kassierer. Beide Berichte wurden zur Kenntnis genommen und dem Vorstand Entlastung erteilt. Wiedergewählt wurden der erste Vorsitzende Kollege Küng, Kollege Kull als zweiter Vorsitzender und Kollege Bergner als Kassierer. Neugewählt der Kollege Bequer als Schriftführer, Krug und Oberloh als Prüfer. Als Entschädigung wurde festgelegt: der 1. Vorsitzende und Kassierer erhalten für ihre Tätigkeit pro Quartal 20 Mk., der Schriftführer für jedes Protokoll 50 Pf. Die Entschädigung für Unterkassierer bleibt wie bisher.

Ghemnis. In der aufbesuchten Generalversammlung am 11. Januar gab Kollege Freißler den Jahresbericht. Im Gesamtbericht errangen die Kollegen eine Zulage von 10-30 Pf. pro Tag und die Regelung der Wochenfeiertage; im Tiefbauamt wurde eine Lohnzulage von 20 Pf. erzielt und die Gartenverwaltung sah sich endlich bemüht, die erste Arbeitsstunde während der Sommermonate auf wiederholtes Drängen der Arbeiterschaft zu befreien. Es wurde uns aber auch Gelegenheit gegeben, die Stadtverwaltung von einer anderen Seite kennen zu lernen. Man mußte den Gesamtvereinteten zu, Streifenarbeit zu verrichten, welche selbstverständlich von den Kollegen bemängelt wurde. Die in Frage kommenden Kollegen maßregelte daraufhin die Stadtverwaltung. Es bedurfte harte Arbeit des Arbeiterausschusses im Verem mit der Organisation, diese Maßnahme rückgängig zu machen. Der Massenbericht vom 4. Quartal wies eine Einnahme von 6103,90 Mk. auf. Die Ausgabe der Filiale belief sich auf 1197,43 Mk. An den Hauptvorstand wurden abgeandt in bar 1891,61 Mk. Auf Rechnung der Hauptklasse wurden ausbezahlt 96,25 Mk. Sterbeunterstützung, 547,50 Mk. Kranken- und 50. Mk. Arbeitslosenunterstützung. Der Mitgliederbeitrag betrug 612. Der Vorstand wird mit Ausnahme der Vertreter einstimmig wiedergewählt. Die Revisoren mußten neu gewählt werden. Zum Schluß wurden die Kollegen des Tiefbauamts ersucht, die Versammlungen zwecks Gründung eines gelben Verems (Nachwerk der Herren Lange und Genossen) nicht zu besuchen.

Töbeln. Unsere Generalversammlung am 19. Januar war gut besucht. Kollege Freißler gab ein Bild der wichtigsten Vorkommnisse des verflochtenen Jahres, verwies auf die Beherrschungen der Schwarzmaier, das Koalitionsrecht zu beschneiden, und forderte auf, im neuen Jahre besser und energischer für Stärkung des Verbandes einzutreten, da auch Töbeln noch eine ganze Anzahl Kollegen dem Verbands fernstünden und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse viel zu wünschen übrig lassen. Bereits Anfang Oktober sind dem Stadtrat unsere Anträge auf Lohnerböhung überreicht, aber bis heute ist noch keine Antwort erteilt. Nach Verlesung der Abrechnung wurden die Neuwahlen vorgenommen. Beschlossen wurde, an den Stadtrat ein Mahnschreiben einzureichen wegen Erledigung der eingereichten Anträge.

Freiburg i. S. Unsere gut besuchte Generalversammlung fand am 18. Januar statt. Kollege Hoffmann erstattete den Jahresbericht. Erweiterte Weise war unsere Arbeit von Erfolg. Das letzte Jahr brachte uns eine allgemeine Lohnerböhung von 20 Pf. täglich. Für die Theaterarbeiter wurden eine Lohnerböhung von insgesamt 2500 Mk. und sonstige Verbesserungen erreicht. Beachtenswert ist auch die so lange erkämpfte Gleichstellung der städtischen Arbeiter nichtständigen. D. N. mit den Stadtarbeitern betreffs Differenz zwischen Krankengeld und Lohn, Urlaub, Mündigungszeiten und Lohnarbeit. Den Waldarbeitern brachte das vergangene Jahr die Verbesserung des Versorgungsstatus. Der Massenbericht zeigte eine Gesamteinnahme von 6896,04 Mk., die Ausgaben betragen insgesamt 5736,42 Mk., es verbleibt ein Massenbestand von 1259,62 Mk. Die Mitgliederzahl war am Ende 1912 auf 296 gestiegen. In den Vorstand wurden der bisherige Vorsitzende und der Kassierer wieder, zum Schriftführer Kollege Rich. Triffler reingewählt.

Gera (Neupf.). Die aufbesuchte Generalversammlung vom 12. Januar nahm die Abrechnung vom 6. Quartal entgegen. Sie wies 1688,14 Mk. Einnahme auf. Die Ausgabe der Filiale belief sich auf 242,17 Mk. An die Hauptklasse wurden 337,58 Mk. in bar und 253,35 Mk. in Quittungen gesandt. Das Filialvermögen betrug 855,04 Mk. Aus dem Jahresbericht des Kollegen Grimm geht hervor, daß uns die vorjährige Lohnbewegung eine Zulage von 10 Pf. pro Tag ab 1. Januar gebracht hat. Der Sommerurlaub wurde folgendermaßen geregelt: bis 3 Jahre 3 Tage, bis 5 Jahre 5 Tage und über 5 Jahre 7 Tage. In den Vorstand gewählt: S. Grimm, Vorsitzender, Fritze, Kassierer, Langenhahn, Schriftführer.

Ingolstadt. Im Gasthaus zur Jarbe tagte am 10. Januar unsere Generalversammlung. Kollege Weigl gedachte der Verbandsstätigkeit im Jahre 1912. Schon eingangs des Jahres zeigte sich eine rege Tätigkeit mit den Anträgen für eine Arbeitsordnung nebst Lohnskala, die an die städtischen Kollegien abgesandt waren. In einer weiteren Versammlung wurde wiederum zu der Sache Stellung genommen werden, um wenigstens die Lohnfrage zur baldigen Erledigung zu bringen. Es kamen aber die ganzen Anträge zur Behandlung, und wie enttäuscht waren die Arbeiter, als sie diese neue Arbeitsordnung erhielten. Christliche wie freisorganisierte Kollegen waren sich darüber einig, daß diese Arbeitsordnung für sie unannehmbar ist. Schon deshalb, da die Bestimmungen selbst die größtenteils Widersprüche aufzuweisen hatte. Von unserem Verband wurde zu der Sache Stellung genommen, in dessen Versammlung auch christlich organisierte Kollegen anwesend waren. Wie erkannt waren aber erst diese, als sie in Erfahrung brachten, daß die christliche Organisation für die Feuerhausarbeiter die 12 Stunden Schicht verlangten und sein Jota von der Abschaffung der 18stündigen Wechelschicht erwähnten. Statt, daß nun von der gegnerischen Seite auch Schritte unternommen wurden, Verbesserungen zu schaffen, gingen dessen Führer in heftiger Weise gegen die freie Organisation vor. Wir haben mit aller Kraft versucht, aus den schwarzen Vertretern der Stadt für die städtischen Arbeiter etwas herauszuholen, die Christlichen aber hatten ihre heiligste Aufgabe darin erblickt, Uneinigkeit und Scheitern in die Reihen der städtischen Arbeiter zu tragen. Hierauf erstattete der Kassierer Seb. Weigl den Rechenschaftsbericht vom 4. Quartal 1912, dem zu entnehmen war, daß auch das Vermögen der Filiale gestiegen ist. Nach Erteilung der Entlastung des Kassierers sowie des Gesamtausschusses wurde zur Neuwahl geschritten. Vorsitzender Augler, Kassierer Seb. Weigl, Schriftführer Brunner, Revisoren Mittl u. Lindmaier.

Wübbel. Die Generalversammlung am 10. Januar nahm die Abrechnung vom 4. Quartal 1912 entgegen. Die Einnahme betrug 5612,97 Mk., die Ausgabe 546,73 Mk. An den Hauptvorstand wurden abgeandt 1780,28 Mk., somit bleibt ein Massenbestand von 325,96 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Quartals 380. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Vorsitzender Gehlisen, Kassierer Bremer, Schriftführer Prügemann.

Mainz. Die Generalversammlung vom 19. Januar war gut besucht. Kollege Klein gab den Jahresbericht. Nachdem verlas den Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal 1912. Die Einnahmen vom vierten Quartal betragen 4736,16 Mk., die Filialausgaben 548,10 Mk. An den Hauptvorstand wurden abgeandt in Quittungen 1630 Mk., in bar 1361,51 Mk. Der Filialassess

Heilbronn betrug 1835,22 Mf. Mitglieder waren am Jahresabschluss 192 vorhanden. Durch Beschluß wurde dem Präsidium das Recht eingeräumt, in außergewöhnlichen Fällen (Streits usw.) Präsidialgelder bis zu 25 Mf. zu verwenden, außerdem bis zu 10 Mf. für außerordentliche Unterstüßungen notleidender Kollegen. In den Präsidium wurden gewählt: Klein Vorsitzender, Reichert Kassierer, Mappeser Schriftführer.

Hörzheim. Unsere Generalversammlung vom 19. Januar nahm den Jahresbericht des Kollegen Miting entgegen. Der Staffenbericht des Kollegen Müller wies eine Einnahme von 5515,65 Mf. auf. Die Ausgaben betrugen 4139,50 Mf. Davon entfallen auf Krankenunterstützung 1026 Mf., Arbeitslosenunterstützung 24 Mf., Sterbeunterstützung 120 Mf., Streifenunterstützung 65 Mf., Lokalausgaben 570,50 Mf. Der Massenbestand betrug 1.495,15 Mf. Die Wahl des Vorstandes ergab: Vorsitzender Aug. Müller, Kassierer Georg Müller, Schriftführer Matthias Metzger.

Potsdam. Unvergleichliche Zustände bestehen, wie der „Vorm“ schreibt, zurzeit auf der Märkation. Jede Schicht dauert 12 Stunden. Für diese schmutzige und lange Arbeit wird ein Schichtlohn von nur 4,20 Mf. gezahlt. Allerdings sollen in diesen Schichten zwei Stunden Pausen liegen, die aber nicht immer eingehalten werden können. Doch damit nicht genug: Alle 14 Tage müssen die Beschäftigten 24 Stunden hintereinander arbeiten und auch Überstunden werden oft gemacht. Für die Überstunden oder für die Nacharbeit gibt es jedoch keinen Pfennig mehr Lohn als üblich, nämlich 12 Mf. pro Stunde. Auch in sanitärer Beziehung ist noch manches recht mangelhaft. So müssen z. B. die Arbeiter ihre Sandstücher selbst mitbringen und reinigen, und auch die Eimer, in denen sich die Arbeiter waschen, sind Eigentum derselben, weil die Eimer, die von der Verwaltung zur Verfügung stehen, nicht nur zum Waschen, sondern auch zu anderen schmutzigen Arbeiten benutzt werden. Solche Verhältnisse sind für Potsdam nicht gerade schmerzhaft. Lage geübt: wird auch über eine Werkstatt, die vom Betriebsführer verwaltet wird. Das Bier wird teilweise von der Brauerei eingekauft und mit 10 Mf. genau wie in Ladengeheimnissen, verkauft. Allerdings erhalten von dem Gelebe in Krankheitsfällen die Arbeiter ein: keine Unterstützung und auch zu Rechnungen gelangt eine kleine Summe zur Verfügung, die diesmal 5 Mf. betragen haben soll. Trotzdem wissen die Arbeiter nicht, wie es mit dieser Sache steht, die doch sie allein angeht, da sie die Beiträge hierzu leisten. Manche Arbeiter, die schon Jahre im Betriebe tätig waren und dann in andere Arbeit gehen, erhalten aus dieser Sache, zu der sie täglich bei jeder Klasse ihren Beitrag gezahlt haben, keinen Pfennig zurück. Die Arbeiter haben allerdings auch nicht den Mut, ganz energisch Forderung zu verlangen, weil sie sich keine Unannehmlichkeiten machen wollen.

Regensburg. In der „Zachsebene“ waren am 11. Januar unter Kollegen vollzählig zu der Generalversammlung erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung mußte ein Mißverständnis geklärt werden in der Klauselstrafe, bei den städtischen Gasarbeitern, Gemeindevorstand. Wunderlich erklärte in längeren Ausführungen wie im Gemeindevorstand dieser Beschluß zustande gekommen sei. Der Direktor der städtischen Gasanstalt habe in der Verwaltungssitzung erklärt: „Die Arbeiter in der Gasanstalt seien damit einverstanden, wenn die Klauselstrafe, so wie von ihm vorgeschlagen, gerechtfertigt wird.“ Wäre der Herr Direktor in dieser Versammlung gewesen, dann hätte er sich überzeugen können, daß auch nicht ein einziger amtierender Gasarbeiter mit der Regelung einverstanden war. Um die Erregung der Kollegen zu dämpfen, ver sprach Gen. Wunderlich, in der nächstfolgenden Gemeindevorstandssitzung die Sache zur Sprache zu bringen. Darauf gab der Kassierer G. R. K. einen Rechenberichts- und Jahresbericht. Die Einnahmen und Ausgaben begiffen sich auf rund 2100 Mf. An Unterstützungen wurden im Laufe des Jahres 725 Mf. ausbezahlt. Die Neuwahl des Ausschusses ergab die Wiederwahl der bisher tätigen Kollegen.

Stuttgart. Unsere Generalversammlung fand am 19. Januar im Gewerkschaftshause statt. Der Tätigkeits- und Massenbericht erstattete Kollege Hausser. Das vergangene Geschäftsjahr war ein äußerst erfolgreiches und erfolgreiches. Die Ablehnung der zu Beginn des Jahres geforderten Teuerungszulage brachte die Gewerkschaft in Erregung, daß die Kollegen beschloßen, ein Ultimatum an die Stadtverwaltung einzusetzen, wenn zum 1. April eine befriedigende Antwort verlangt wurde. Dies konnte, daß die Stadtverwaltung am 20. März einen Beschluß fasste, auf 1. Oktober eine entsprechende Lohnerhöhung zu gewähren. Die vor der letzten Lohnregulierung von der Stadtverwaltung verlangte fünfjährige Geltung des eingetribenen Lohnabkommens war dann in eine 2-jährige umgewandelt. Der 1. Oktober brachte für die städtischen Arbeiter eine Lohnzulage von 30 Pf. pro Tag, sowie eine Revision der gesamten Arbeitsordnung mit wesentlichen Verbesserungen. Der untererklärte ansonsten Abschied eines Tarifvertrages mit der Organisation kam leider nicht zustande. Das technische Personal des fortgeführten Gesellschafters hat sich im Laufe des Jahres vollzählig unserem Verbande angeschlossen. Eine Organisation war Lösung unter dieser Arbeitern nicht vorhanden. Die Beschäftigten liegen demzufolge auch sehr viel zu wünschen übrig.

Der Vorteil der Organisation zeigte sich diesen Kollegen bald. Es ist gelungen, allerdings nach zähem Kampfe, dort eine Arbeitsordnung und damit wesentliche Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis herbeizuführen. — Auch für die staatlichen Telegraphenarbeiter war es notwendig, daß Schritte zur Verbesserung ihrer Lage unternommen wurden. In einer Konferenz der Arbeiterräte der württembergischen Telegrapheninspektionen, die am 12. Dezember in Stuttgart stattfand, wurden eine Reihe von Anträgen formuliert, die in einer Denkschrift an den Landtag eingereicht wurden. — Am 1. Oktober war Neuwahl des Arbeiterrates, die uns trotz Einführung der Verhältniswahl und Beteiligung der „Christlichen“ einen glänzenden Sieg brachte. Der gesamte Ausschuß wurde von unseren Kollegen besetzt. — Einen Prüftag für die Reingehalt unserer Mitglieder bedeutete weiter der 1. Oktober, wo eine Beitragserhöhung von 45 auf 60 Pf. erfolgte. Neugewählte Gewerkschaften sagten uns einen großen Mitgliederzuwachs voraus. Die Kollegen, die weniger pessimistisch waren, haben recht behalten. Im letzten Quartal haben wir trotz der Beitragserhöhung über 1000 Beiträge mehr verkauft als im vorhergegangenen Quartal. Die Mitgliederzunahme ist von 1784 auf 1944 gestiegen. Das Lokalvermögen hat sich im 4. Quartal um über 1800 Mf. gesteigert und beträgt jetzt 7001,69 Mf. — In der Diskussion wurde der rührigen Tätigkeit der Verbandsleitung Anerkennung gezollt, aber auch ausgesprochen, daß es bei dem gesteigerten Geschäftsaufschlag auf die Dauer nicht möglich sei, mit einem Beamten alle Geschäfte ordnungsgemäß zu erledigen. Es müsse in bald zur Anstellung eines zweiten Beamten geschritten werden. Nach dem Monatsbericht wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Die Wahl des 1. Vorsitzenden brachte eine ziemlich Erregung in die Versammlung. Eine vorhergehende Vertrauensmännerziehung beschloß mit Mehrheit, den bisherigen Vorsitzenden, Kollegen Spang, wieder in Voranschlag zu bringen; von anderer Seite wurde der Kollege Stettler empfohlen. Die Abstimmung war unter schwierigen Verhältnissen vorzunehmen. Das Lokal war derart überfüllt, daß eine große Anzahl Kollegen keine Sitzplätze mehr hatten und auch viele wieder weggegangen sind, da kein Platz mehr vorhanden war. Bei Feststellung des Wahlergebnisses zeigte sich, daß Stettler mit 184 Stimmen gewählt war. Spang erhielt 164 Stimmen. Kollege Hausser wurde als Kassierer einstimmig wiedergewählt. Als Beisitzer in die Leitungsverwaltung wurden gewählt: Meier, Meier, Bittl, Wed, Vord, Meier, Chr. Lang, Gg. Mod und Kurb. — Unter Berücksichtigung wurde beschlossen, künftig die Beitragsleiter wegzulassen.

◆ Internationale Rundschau ◆

Das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen gibt seit dem 1. Januar 1913 eine internationale Korrespondenz heraus. Sie erscheint bis auf weiteres in englischer und deutscher Sprache. Eine französische Ausgabe ist für später in Aussicht genommen. Es sollen nach Möglichkeit in jeder Ausgabe der Korrespondenz eine kurze allgemeine Übersicht über alle die Gewerkschaften interessierenden Vorgänge in allen Ländern gegeben sowie in ausführlicher Form die wichtigsten Vorgänge und Fragen der Bewegung besprochen werden. Wir können die Herausgabe dieser Korrespondenz nur begrüßen, da sie zur Klärung internationaler Gewerkschaftsfragen viel beitragen und dadurch die internationale Solidarität fördern wird.

Australien. Die Gemeindevorstand von Melbourne erhielten durch Tarifvertrag die 18-Stunden-Woche. — Die Arbeiter in Regierung in New Süd Wales beschloß den Bau von Einfamilienhäusern in großem Maße. Die Miete soll inklusive Garten, Gas usw. nicht über 10 Mf. pro Woche betragen; das wäre etwas mehr wie der Tageslohn eines qualifizierten Arbeiters im Turndienst.

Belgien. Von dem gesunden Glande der Arbeiterbewegung zeigt die Entwicklung des Brüsseler Volksbundes, das jetzt mit einem Notenscheine von rund einer halben Million Mark ausgestattet wird. Das Volksbundes hat auch in bedeutenden Vorarbeiten. Der allg. Bauernbund für Partei und Gewerkschaften, Bauernvereine, Arbeitervereine und Bauernvereine sind der Bauernvereine sind enthalten. Das Volksbundes hat auch ein sehr überfülltes Minimatographenbureau; es soll in a. fest auch einen großen Turndienst, Wadenbalk, Wadenbalk und Wadenbalk, Arbeiterbalken usw. erhalten. Die Träger der leitenden Volks- oder Gewerkschaftsbüro ist vornehmlich die Bauernvereine sind.

England. Der britische Gewerkschaftsbund hielt in Manchester eine außerordentliche Tagung ab, der auch Vertreter der französischen und deutschen Gewerkschaften sowie des internationalen Sekretariats bewohnten. Auf Vorschlag der Landeszentrale wurde eine Resolution beschlossen, die die Reorganisation der gesamten Gewerkschaftsbewegung auf moderner, zentralistischer Grundlage sowie energischen Ausbau der internationalen Organisation der Arbeiter verlangt. Die Konferenz am nächsten Tage beschloß die Gründung einer gemeinsamen Lebensversicherungsanstalt für die Gewerkschaften und beauftragte die Zentrale, für die Wahlung

der gewerkschaftlichen Interessen gegenüber dem Versicherungsgesetz besondere Einrichtungen zu schaffen. Auch die gelbe, von den Unternehmern aufgepöppelte Freie Arbeitervereingung hielt einen Kongress in London ab, auf dem angeblich 850 000 Mitglieder vertreten waren. Wie ihre Vertreter bei uns, sehen sie gern ihren Zahlen einige Nullen an, doch wird aus manchen Gegenden, zum Beispiel Eisenbahnzentren, auch von anderer Seite gemeldet, daß die Unternehmer den Hebertritt ihrer Arbeiter in die gelben Gewerkschaften zu erzwingen suchen.

Finnland. Nach einer Mitteilung von Dr. Selemius gestaltet kein Arbeiterverein in Finnland in seinen Lokalen den Ausverkauf betraulichender Getränke. Das staatliche Alkoholverbot wurde schon wiederholt in Finnland beschloffen, von der russischen Regierung aber nicht anerkannt.

Frankreich. Der Streik der Arbeiter der Düntirchener Gaswerke, worüber wir in Nr. 46 der „Gewerkschaft“ berichteten, endete mit einem Siege der Arbeiter. Die Löhne wurden durchweg erhöht, so für Maurer und Zimmerer auf 40 Pf. pro Stunde.

Jülich, Mitte Januar 1913. Aus der Schweiz schreibt man uns: In zwei schweizerischen Großstädten haben jedoch die städtischen Arbeiter bestig um eine Lohnzulage ringen müssen: in der Stadt der Millionäre (Basel) und in der Stadt des „Generalstreiks“ (Zürich). In Zürich sollten, wie wir bereits mitteilten, die städtischen Arbeiter die versprochene Zulage nicht erhalten, weil sie sich „weldi em Frevell“ am Generalstreik beteiligt hatten. Den Bemühungen der sozialdemokratischen Vertreter aber gelang es, den Bürgerlichen zu beweisen, daß diese „Käsepolitik“ doch etwas gar zu schamig und schamlos war. In der Hauptfrage aber war es die Furcht, die sie schließlich für die Zulage stimmen ließ. Denn sie ahnten wohl, daß durch eine Ablehnung nur die Geiseln der verfluchten Sozi befragt werden, daß dann auch die letzten unter den Arbeitern ins Lager der roten Unruhmänner würden. (Ganz wie 1906 in Basel, wo die Fremdarbeiter für ihren Streik auf ähnliche Weise gestraft werden sollten, so aber: die Organisation der lockende Dritte war.) In der Volksabstimmung wurde schließlich — da keine einzige bürgerliche Partei wagte, offen gegen die Arbeiterzulagen zu agitieren, um nur ja keine Arbeiter zu verlieren — die Zulage mit 15 000 gegen 7000 Stimmen angenommen. Da die Vorlage rückwirkende Kraft hatte, erhielt jeder städtische Arbeiter, der mehrere Jahre im Dienste der Stadt ist, just zu Neujahr 120 Franken, die noch nicht fest Angelegten etwas weniger ausgezahlt. Bemerkenswert ist, daß die städtischen Arbeiter offen anerkannten, daß sie diesen Erfolg einzig und allein der sozialdemokratischen Fraktion und in der Volksabstimmung den Bemühungen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften zu verdanken hätten. Sie erklärten in der Presse, daraus ihre Konsequenzen zu ziehen und dafür sorgen zu wollen, daß auch der letzte städtische Arbeiter sich der sozialdemokratischen Partei anschließe. — In Basel, der Stadt, die in Europa von allen Städten die meisten Millionäre aufzuweisen hat auf je 400 Einwohner entfällt ein Millionär, war der Kampf etwas schwieriger. Hier traten die Arbeitgeberverbände (Sozialistenstreifer) offen gegen die Zulagen auf und bewiesen, daß städtische Arbeiter ein Leben wie im Himmel haben, weniger arbeiten und viel mehr verdienen als in den Privatbetrieben usw. Kamenellisch waren es die „Christlich Sozialen“, die förmlich wetteiferten in blödesten Behauptungen: sie waren während darüber, daß der Vertreter der Regierung offen die ungeheure Verteuerung, die Steigerung der Mieten usw. zu begeben hatte, daß er nachgewiesen, daß die Lebenshaltung in Basel in wenigen Jahren um über 30 Proz. teurer geworden sei und daß es die Pflicht des Staates sei, seinen Angestellten zu helfen. Diese frommen Herren beantragten sogar, jetzt und in den kommenden zwei Jahren keine Zulagen mehr zu gewähren! Und als sie sahen, daß sie damit elend abblühen, entdeckten sie urplötzlich, daß der Große Rat (Landtag) gar nicht zuständig sei, sondern daß die Regierung allein die Löhne festzusetzen habe! (Bei anderen Gelegenheiten wollen gerade diese Herren die Kompetenzen der Regierung immer mehr begrenzen!) Sie erklimmen den Gipfel ihrer Plamage, als sie die städtischen Angestellten durchweg als „Kriänber“ bezeichnen, die an der Staatskassette läßen und für immer gut versorgt seien. Ein anderer Bürgerlicher brachte es sogar fertig, zu behaupten, die Zulagen seien nicht nötig, denn die Arbeiter ließen sie doch nur „durch die Gurgel“ laufen! Christliche Demut und kapitalistischer Hochmut reichten sich brüderlich die Hande. Aber es mußte den Herrschaften nichts: die 45 sozialdemokratischen Abgeordneten erhielten aus den Kreisen einiger einmüßiger Bürgergruppen Zugang, und die Vorlage wurde angenommen. Interessant war, daß von 22 Jaaggen Stimmenden nicht weniger denn 15 den Vorteil trugen! Die Anteilhagen gegen die Sonderarbeiter! Eine interessante Pointe! Und eine zweite: Unter den mit „Nein“ Stimmenden befanden sich die Allerreichsten unter den „Kassenzugliedern“! Die Satten gegen die Dumyrigen! Die Arbeiter werden auch daraus ihre Schlüsse ziehen. Freilich: Mit der Annahme im Parlament ist die Zulage noch nicht ausbezahlt. Wir sind ein demokratischer Staat und die Unterleuten im Rate haben das Recht, die Volksabstimmung gegen diesen Beschluß anzurufen. Schon drohen sie damit. Werden sie es wagen?

Rundschau

Einmalige Lohnzulagen für Arbeiter der preussischen Bauverwaltung. Mit Wirkung vom 1. April 1913 ab werden den Wasserbauarbeitern in Preußen bei langjähriger Beschäftigung und zufriedenstellender Dienstführung Belohnungen in Form einmaliger Lohnzulagen gewährt. Diese sollen nach 20 jähriger ununterbrochener Beschäftigung 20 Mk., nach 25 Jahren 50 Mk., nach 30 Jahren 60 Mk., nach 35 Jahren 80 Mk., nach 40 Jahren 100 Mk., nach 45 Jahren 200 Mk. und nach 50 Jahren 300 Mk. betragen. Bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer wird auch die Zeit, welche vor der Erfüllung der Wehrpflicht liegt, berücksichtigt, ferner die Zeit der Ableitung der gesetzlichen Militärpflicht und alle Unterbrechungen der Arbeit, die nicht in den persönlichen Verhältnissen des Arbeiters begründet sind. Nur berufsmäßige Vorgesetzte können behaupten, der preussische Staat jorge nicht für seine Arbeiter! Soll er noch mehr tun? Man denke, nach fünfzigjähriger Beschäftigung dreihundert bare Reichsmarker!

Im Dresden-Alttädter Elektrizitätswerk ereignete sich in der Nacht vom 21. zum 22. Januar ein schrecklicher Unfall. Im Schaltkeller sollten Arbeiten vorgenommen werden. Es war nachmittags Kurzschluß entstanden. Durch denselben wurden Reinigungsarbeiten erforderlich. Die Verlesung verstellte deshalb Arbeiter zur Nachtschicht, die schon am Tage ihre Schicht absolviert hatten. Auf unachtsamer Weise ereignete sich Kurzschluß und eine im Keller befindliche Benzinflasche explodierte. Die Arbeiter erlitten schwere Brandwunden, denen der eine schon am Morgen erlag, der andere soll nicht lebensgefährlich verletzt worden sein. Auch der dabei tätige Beamte erlitt Verletzungen. Wen die Schuld an diesem Unfälle trifft, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Das Neben einer Beleuchtung, die unabhängig von dem zum Kurzschluß gelangten Strome ist, machte die Nacht aus diesem mit giftigen Gasen gefüllten Keller schwierig. Wir können nicht verstehen, wie die Verlesung zu solchen Arbeiten, die körper- und Geisteskräfte erfordern, Arbeiter heranzieht, die in dem nervenzerrüttenden Betriebe schon eine Arbeitsschicht hinter sich haben. Sind nicht städtische Arbeiter genug vorhanden, um diese Heberstunden und Nachtschichten als regelmäßige Arbeitszeit zu leisten? Warum entläßt man städtische Arbeiter, wie es in letzter Zeit geschehen ist, und läßt die noch beschäftigten Heberstunden und Nachtschichten in übermäßiger Zahl, wie es beim Wasserwert der Fall ist, leisten? Die Arbeitszeit in den Werken ist eine 60stündige pro Woche. Diese Arbeitszeit ist eine zu lange. Ein Dresdener Arzt konstatierte, daß 90 Proz. der Elektrizitätsarbeiter hochgradig nervös sind. Die Antwort der Stadtverwaltung auf die Forderungen der Beamten und Arbeiter der städtischen Betriebs, die Arbeitszeit zu verkürzen, ist immer eine grundsätzlich verneinende gewesen. Ob in diesem Falle die lange Arbeitszeit das Unglück verhängt hat, oder ob andere Faktoren dabei mitgewirkt haben, kann wie gesagt jetzt noch nicht beurteilt werden, aber es gibt zu denken, wenn solche Fälle wie dieser und der sich am Sonntag, den 19. Januar, in demselben Werk ereignend, eintreten, wenn die Arbeiter eine lange Arbeitszeit hinter sich haben. Mit knapper Not konnte an diesem Tage ein in seinen Folgen unabsehbares Unglück verhütet werden. Nach fast zwölfstündiger Arbeitszeit wurde man gewahrt, daß in den meisten kein Wasser mehr vorhanden war, nur noch Minuten fehlten und — das Wert wäre gewesen. Das muß doch zu denken geben. Die Arbeiter und Beamten verlangen nicht aus Lust nur die Verkürzung der Arbeitszeit. Enorme Heberschüsse werden aus den Werken herausgeholt und die Arbeiter und Beamten werden auf höchste angespannt, und erhalten dafür einen Lohn oder Gehalt, welches nicht dazu ausreicht, die verbrauchten Kräfte durch Zuführung frischer Nahrung zu erziehen. Für die städtischen Arbeiter und Unterbeamten muß dieser Fall eine Lehre sein, zusammen an der so notwendigen Verkürzung der Arbeitszeit und Erhebung der Gehälter und Löhne zu arbeiten.

Zum Arbeiterverrat der christlichen Gewerkevereinsführer beim vorjährigen Vergarbeiterstreik brachte die freiwirtschaftliche „Berliner Volkszeitung“ vor kurzem aus den Schopenhäuser Streitschriften gegen die Vachentum interessantes Material. Darin heißt es u. a.: „Die Führer der christlichen Gewerkschaften im Ruhrbezirk, die Gieseler, Schiffer, Effert, Ambrich und Genossen mußten während der Reichstagswahlkampagne (S. Red.) sich für das Unternehmertum und gegen den Streik der Bergleute erklären. Das ist alles in geheimen Momenten festgelegt. Als Entgelt von seiten des eng zusammengeschlossenen Unternehmertums trug dafür der verordnete Kardinal Fischer in Köln in drei Karten einen Peterspennia in den Vatikan, den der frühere Dominikanerpater Alfons Müller in Rom auf andere halb Millionen Mark besetzt. Gleichzeitig verantwortliche die „Menschliche Weltliche Zeitung“ die Erlaubnisse der vatikanischen Telegraphenagentur „Jura“. Sie nicht außerdem „unentgeltlich“ den Spieß gegen den „Kardinal Arbeiter“ Ernst Wasserhagen. Sowie alsdann der „Alte Bergbau“ für die seit einem Jahrzehnt in gedrücktester Stimmung lebenden Bergarbeiter an der Ruhr im Verein mit den „Christlich-Sozialen“ und

